Weblogs als Mittel der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern – Neue Chancen für E-Demokratie?

Von Christopher Coenen (Berlin)

Zusammenfassung

Weblogs können aufgrund soziotechnischer und -kultureller Charakteristika des Blogging derzeit als besonders gut geeignete Instrumente für den Online-Dialog zwischen Politik und Bürger gelten. Neben den Chancen, die sich dadurch zum Beispiel Parlamentariern und hohen Amtsträgern bieten, bestehen jedoch auch Herausforderungen und Risiken. Dies ist sowohl hinsichtlich der unmittelbaren Interessen der bloggenden Politiker der Fall als auch in Bezug auf die weiter reichenden Hoffnungen, die mit digitaler Demokratie oft verbunden werden.

1 Politische Aspekte des Blogging

Mittlerweile hat sich das Blogging auch in Deutschland von einer wenig beachteten netzkulturellen Praxis zu einem Gegenstand massenmedialen Interesses entwickelt. Dabei erfahren deutsche politische Weblogs und generell politische Aspekte dieses Online-Kommunikationsformats verstärkt Beachtung. War in den Vorjahren die Aufmerksamkeit in den Qualitäts-Printmedien im Wesentlichen beschränkt auf Blogs aus dem Mittleren Osten (wie vor allem „Salam Pax“ aus Bagdad und iranische Blogs), auf „Warblogs“ (zur alternativen Berichterstattung über den Irak-Krieg) sowie auf die Nutzung von Blogs im letzten US-Präsidentschaftswahlkampf (vor allem durch den Kandidaten Howard Dean), vollzog sich in der ersten Jahreshälfte 2005 gleichsam ein Durchbruch der hiesigen Weblog-Praxis ins Licht der massenmedialen Öffentlichkeit: So wurde z.B. in mehreren Online-Angeboten etablierter Massenmedien eine eigene Rubrik zum Thema eingerichtet und in den Print-Ausgaben von Qualitätszeitungen und -zeitschriften verstärkt über Blogger (auch aus Deutschland) berichtet. Politische Blogs und deren Auswirkungen auf den politischen Journalismus waren dabei wichtige Themen. Ähnlich wie im US-Präsidentschaftswahlkampf 2004 drückte sich auch im Bundestagswahlkampf 2005 die gewachsene Bedeutung politischer Blogs darin aus, dass Blogger als Berichterstatter zu zentralen Parteiveranstaltungen eingeladen wurden (vgl. SPD 2005).

Durch diese Entwicklung hat die Debatte über die faktische und potenzielle Bedeutung von Weblogs für die Strukturen und Inhalte politischer Öffentlichkeit Deutschland erreicht, eine Diskussion, die in den USA seit längerem in Wissenschaft, Politik und Massenmedien geführt wird. Über die Blogger-Szene und Expertenkreise hinaus wird vermehrt die Frage gestellt, ob den – bis dahin vorwiegend als netzkulturelles Kuriosum präsentierten – Bloggern zukünftig eine wichtige Bedeutung auch als politische Akteure zukommen könnte, die so genannte „Blogosphäre“ also – wie in den USA (vgl. z.B. Drezner, Farrell 2004) – zu einer relevanten

politischen Teilöffentlichkeit bzw. zu einem festen Bestandteil der massenmedialen Öffentlichkeit wird.

In dieser Debatte sind von neuem einige jener Fragen, Hoffnungen und Befürchtungen aufgetaucht, die seit langem die Diskussion über politische Aspekte der Internetnutzung prägen. Im Mittelpunkt steht dabei die Annahme, dass Informations- und Kommunikationsangebote, die im Netz von Einzelpersonen ohne journalistische Ausbildung und politische Funktion gemacht werden, eine Herausforderung für politischen Journalismus und die etablierten Massenmedien insgesamt darstellen und tendenziell die Strukturen von Öffentlichkeit verändern. Positiv gewendet, weist dies für einige Beobachter darauf hin, dass Weblogs eine wichtige Rolle für aktuelle Tendenzen zur Entwicklung eines neuen, „partizipatorischen" Journalismus spielen (Neuberger 2004). An Blogs – wie früher schon an anderen Internet-Formaten – werden so auch weit reichende Hoffnungen auf eine verbesserte politische Selbstverständigung der Bürgerschaft, auf die Entstehung eines Gegengewichts zum kommerziellen Massenmediensystem und seiner Meinungsmacht (Möller 2005) sowie auf eine Stärkung der Zivilgesellschaft festgemacht.

2 Politiker-Weblogs

In diesem Beitrag soll jedoch der Blick auf einen anderen Aspekt politischer Weblog-Nutzung gelenkt werden, nämlich das Phänomen der „Politiker-Weblogs" – also auf Internet-Angebote von Politikern, die als Weblog charakterisierbar (oder zumindest als ein solches ausgewiesen) sind. Gefragt wird, welche Rolle Politiker-Weblogs in der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern spielen können. Dabei interessieren vor allem Blogs von Amts- oder Mandatsträgern. Dieser Fokus wurde vor dem Hintergrund nationalstaatlicher und europäischer Aktivitäten zur „E-Demokratie" und „digitalen Demokratie" (vgl. dazu z.B. OECD 2003; Grunwald et al. 2005; van Audenhove et al. 2005)[1] sowie diesbezüglicher wissenschaftlicher und politischer Debatten gewählt. Es soll ausgelotet werden, welche Chancen und Herausforderungen eigene Weblog-Angebote für die Politik bieten und ob durch Politiker-Weblogs die bisherige Praxis der politischen Online-Kommunikation zwischen Staat und Bürgern qualitativ verändert werden könnte – insbesondere im Vergleich zu bereits seit längerem genutzten Formaten (wie vor allem Online-Forum und Chat). Es geht also um die Relevanz von Weblogs für eine spezifische Praxis – den Online-Dialog zwischen Politik und Bürgern – innerhalb eines bestimmten Anwendungsfeldes, nämlich der E-Demokratie.

Unter „Online-Dialog" wird dabei die Nutzung des Internets für den Austausch zwischen Politik und Bürgern verstanden, also für eine Kommunikation, die sich von „Government-to-Citizen (G2C)"- und „Citizen-to-Government (C2G)"-Kommunikation dahingehend unterscheidet, dass es (in der Online-Öffentlichkeit erkennbar) zu Diskussionen zwischen Politikern oder ihren Mitarbeitern auf der einen Seite und Bürgern auf der anderen Seite kommt. Die Diskussionen sollen dabei nicht auf das Frage-Antwort-Schema beschränkt sein, das aus

[1] Die beiden letztgenannten Studien sind im Kontext von Aktivitäten zur Technikfolgen-Abschätzung und wissenschaftlichen Beratung des Deutschen Bundestages (Grunwald et al. 2005) bzw. des Flämischen Parlaments (van Audenhove et al. 2005) entstanden (vgl. dazu auch: TAB 2005; viWTA 2005). Wesentliche Teile des vorliegenden Beitrags basieren auf: Grunwald et al. (2005).

vielen Politiker-Interviews und auch Chats bekannt ist. Die Ermöglichung von Online-Dialogen über politische Fragen gehört seit langem zu den Zielen vieler politischer Programme zur E-Demokratie bzw. digitalen Demokratie. Tatsächlich werden aber zahlreiche staatliche Online-Diskussionsangebote an die Bürger so angelegt oder realisiert, dass die beteiligten Bürger „unter sich bleiben" – statt eines Online-Dialogs also lediglich „Citizen-to-Citizen (C2C)"-Kommunikation und eine (oft anscheinend politisch folgenlose) C2G-Kommunikation zu Stande kommen.

Es soll die Auffassung begründet werden, dass nahezu alles, was Blogs hier leisten können, auch durch andere Internet-Formate realisierbar ist, dass aber Merkmale von Weblogs und Blogosphäre (als einer spezifischen Netzkultur) – zumindest derzeit noch – für den Online-Dialog zwischen Politik und Bürgern in gewisser Hinsicht förderlich sind. Die Schlüssel zum Verständnis der Vorteile, die Blogging gegenüber anderen Internet-Praktiken bietet, liegen demnach vor allem in der spezifischen Form der *Personalisierung* von Kommunikation, die Politiker-Weblogs kennzeichnet, im anbieterseitig verschärften *Aktualitätszwang* sowie den *Charakteristika der Blogosphäre* (wie vor allem deren hoher interner Vernetzungsgrad und wachsende Relevanz für den politischen Journalismus). Von besonderem Interesse ist die Frage, wie in Politiker-Weblogs mit *offline bestehenden hierarchischen* Gefällen zwischen den Akteuren umgegangen wird. Entstehen durch Weblogs neue Sozialräume, die traditionelle Räume politischer Kommunikation zwischen Politikern und Bürgern ergänzen oder ersetzen können? Und inwiefern können Blogs – auch im Vergleich zu anderen Online-Diskussionskulturen – eine intensivere Kommunikation zwischen Politik und Bürgern ermöglichen?

Beispielhaft wird vor allem auf das Weblog einer hochrangigen Amtsträgerin, der EU-Kommissarin Margot Wallström, eingegangen. Das im Januar 2005 eingerichtete Blog der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, in dieser seit 2004 zuständig für „Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie", ist aus mehrerlei Gründen beachtenswert. Zum einen aufgrund der Position Wallströms: Zwischen einfachem Bürger und bloggender Person existiert hier ein besonders starkes hierarchisches Gefälle, und das Weblog steht zudem in dem besonderen Kontext politischer Öffentlichkeitsarbeit einer Institution. Zum anderen stellen sich die in der Diskussion über „E-Demokratie" virulenten Probleme im Verhältnis zwischen Politik und Bürgern im Fall der supranationalen Europäischen Union auf besondere Weise: Die EU hat sehr erhebliche Legitimationsprobleme (vgl. dazu z.B. Europäische Kommission 2002), hinsichtlich derer die transnationalen und demokratieförderlichen Kommunikationspotenziale des Internets besonders attraktiv erscheinen. Schließlich sind auch die ungewöhnlichen Nutzungsweisen des Weblogs durch die verschiedenen Akteure, deren Diskussionen und Konflikte, bemerkenswert. Vor dem Hintergrund vorangegangener EU-Aktivitäten zur E-Demokratie und speziell zum Online-Dialog mit Bürgern sollen daher an diesem Beispiel Chancen und Risiken der Weblog-Nutzung durch hochrangige Amtsträger – im Kontext der Informations- und Kommunikationsstrategie einer einflussreichen Institution –herausgearbeitet werden.

Im Gegensatz zum Weblog der EU-Kommissarin können anhand der Blogs von Mitgliedern der nationalen Parlamente Großbritanniens und Deutschlands spezifische Chancen und Herausforderungen veranschaulicht werden, die eigene Weblogs für „einfache" Mandatsträger mit sich bringen. Das hierarchische Gefälle zwischen Anbieter und Nutzer ist hier geringer,

was allerdings nicht ausschließt, dass einige Nutzer durchaus den einzelnen Abgeordneten mit „der Politik“ identifizieren und weit verbreitete Ansichten über eine „abgehobene politische Klasse“ artikulieren. Anbieterseitig gesehen sind eigene Weblogs für einfache Parlamentarier potenziell von größerem konkreten Nutzen als für hochrangige Amtsträger, da für Abgeordnete – insbesondere im Wahlkampf – eine relativ kleine Anzahl von (idealiter als Multiplikatoren fungierenden) Personen durchaus eine interessante Zielgruppe ausmachen kann. Innerhalb der Kommunikationsstrategie einer großen Institution dürfte hingegen ein einzelnes Weblog in der Regel von eher geringer Bedeutung sein. Für Parlamentarier ist allerdings auch das Problem begrenzter Ressourcen in der Regel weit gravierender.

3 Online-Dialog in der digitalen Demokratie – Anspruch und Wirklichkeit

Nimmt man offizielle Dokumente von nationalen Regierungen, Parlamenten, der EU und internationaler Organisationen zum Maßstab wirkt der politisch-instutionelle Diskurs über E-Demokratie und digitale Demokratie wie ein Residuum jener Interneteuphorie, die bis Anfang dieses Jahrzehnts fast allgemein grassierte. Im Vergleich zur Situation in der einschlägigen wissenschaftlichen Forschung – aber auch zum massenmedialen Diskurs – hatten die Krise der New Economy und die anschließende Desillusionierung anscheinend auf politischer Ebene nur geringe Auswirkungen. Der bereits in den 1990er Jahren erreichte Konsens der demokratischen Staaten, dass das Internet eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der vielfach festgestellten Demokratiedefizite spielen soll, ist bis heute nicht aufgekündigt.

Genese und Inhalte dieses internationalen Konsenses müssen hier nicht skizziert werden (vgl. aber Coenen 2005; Grunwald et al. 2005), auf einige Ziele und Hoffnungen, die im politisch-institutionellen Diskurs zum Online-Dialog artikuliert werden, sei aber hingewiesen: Zu nennen sind hier die Förderung bürgerschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Deliberation politischer Themen und politischer Öffentlichkeit durch Internetnutzung („Netzöffentlichkeit“), ein Zuwachs an Transparenz politischer Prozesse durch Netzöffentlichkeit und ein intensiverer Austausch zwischen Politikern und Bürgern – vor allem zur Stärkung von Vertrauensbeziehungen, zur verbesserten Nutzung gesellschaftlicher Wissensressourcen für politische Entscheidungsprozesse und zur genaueren Kenntnis von Stimmungen und Meinungsbildern innerhalb der Bevölkerung.

Viele Konzepte digitaler Demokratie orientieren sich zumindest implizit an der deliberativen Demokratietheorie (vgl. dazu ITA 2005), deren bekanntester Vertreter der deutsche Sozialphilosoph Jürgen Habermas ist (vgl. z.B. Habermas 1992 und 1996). Kern dieser zu Recht oft als stark normativ eingeschätzten Theorie ist die Annahme, dass die öffentliche bürgerschaftliche Deliberation politischer Themen von zentraler Bedeutung für die Demokratie ist. Unter Deliberation wird eine rationale Diskussion verstanden, in der das Für und Wider bestimmter Positionen argumentativ geklärt wird. Konsens kann, muss aber nicht Ziel einer solchen abwägenden Erörterung unterschiedlicher Positionen sein. Von einer stärkeren Ausrichtung auf Deliberation werden positive Effekte in Bezug auf zentrale Probleme moderner Demokratien repräsentativen Typs erhofft, vor allem hinsichtlich der massenmedialen Aushöhlung politischer Öffentlichkeit und der wachsenden Entfremdung zwischen politischen Repräsentanten und den von ihnen repräsentierten Bürgern. Indem die Politik in ihren Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen auf die Ergebnisse bürgerschaftlicher Deliberation zurückgreifen

kann oder Bezug nehmen muss, erhöhen sich demnach potenziell die Legitimation und Rationalität politischer Entscheidungen.

In einflussreichen Konzepten digitaler Demokratie (vgl. z.B. Coleman, Goetze 2001) rückt so auch der Online-Dialog zwischen Politik und Bürgern in den Mittelpunkt des Interesses: C2G-Kommunikation soll sich nicht auf den Wahlakt und die seltenen Möglichkeiten direkter Kommunikation mit den gewählten Repräsentanten beschränken, die das politische System bisher bietet, sondern es soll ein stetiger, intensiver Austausch zwischen Repräsentanten und Repräsentierten entstehen. Die klassische G2C-Kommunikation, die nach dem Sender-Empfänger-Schema abläuft und in der Tradition der politischen Verlautbarung steht, soll ersetzt werden durch kommunikative Beziehungen, in denen sich die Politik regelmäßig den Nachfragen von Bürgern öffentlich stellt, deren Auffassungen und Wissensressourcen in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen (zumindest im Sinne einer Kenntnisnahme) berücksichtigt und dadurch auch das eigene Handeln und dessen Beweggründe für die interessierten Bürger transparenter macht. Mit digitaler Demokratie in diesem Sinn wird zudem die Hoffnung verbunden, dass sich traditionell benachteiligte oder politikabstinente Bevölkerungsgruppen stärker in den politischen Prozess einbringen können oder an das politische System herangeführt werden können.

Deliberative Demokratietheorien – und damit auch die auf ihnen aufbauenden Konzepte digitaler Demokratie – sind in verschiedener Weise kritisiert worden. Zwei Punkte sind hier von besonderem Interesse: Zum einen wird deliberativen Demokratietheorien vorgeworfen, sie seien blind für die Auswirkungen von Machtstrukturen auf Kommunikation (vgl. z.B. Greven 1995; Maresch 1997) und übertrieben optimistisch in Bezug auf die Beteiligungsbereitschaft der Bürger. Zum anderen wird vor allem von feministischer Seite kritisiert, dass in dem Öffentlichkeitskonzept von Habermas der Ausschluss verschiedener, insbesondere affektiver Aspekte von Kommunikation – und damit letztlich von bestimmten Akteurinnen und Akteuren – reproduziert werde, ein Ausschluss, der kennzeichnend für die bürgerliche Öffentlichkeit seit der frühen Neuzeit sei. Auf einer unbewussten Ebene überdauerten so bestehende Vorurteile gegen all jene Bevölkerungsgruppen, die nicht dem Bild eines respektablen Akteurs in der bürgerlichen Öffentlichkeit entsprechen (vgl. z.B. Young 1990).

Gegen die genannten Kritikpunkte wird vor allem eingewendet, dass bei dem Konzept der deliberativen Demokratie vor allem auf demokratisch gerechtfertigte Verfahren gesetzt wird (Habermas 1996), durch die eben gerade dem Pluralismus moderner Gesellschaften und der Existenz von partikularen Identitäten und Interessen auf angemessene Weise Rechnung getragen werde (Gimmler 2000). Das Ideal einer herrschaftsfreien, rationalen Kommunikation dient demnach zur Orientierung bei der Einrichtung demokratischer Verfahren, aber keineswegs dazu die Wirklichkeit politischer Öffentlichkeit – mit ihren Machtstrukturen und unterschiedlichen Graden von bürgerschaftlicher Beteiligungsbereitschaft – auszublenden.

Überdies gibt es in der Praxis staatlicher Online-Diskussionsangebote Beispiele dafür, dass die besonderen Interessen, Bedürfnissen und Kommunikationsweisen bestimmter Bevölkerungsgruppen gezielt berücksichtigt werden (vgl. dazu z.B. Coleman 2004; Trénel 2005). Die gewachsene Sensibilität für dieses Thema hat sich – vor allem in Anknüpfung an die Diskussionen über „digital divides“ – auch in der politischen Programmatik zur digitalen Demokratie niedergeschlagen (vgl. Grunwald et al. 2005). Die politischen Ziele, die mit digitaler Demokratie verbunden werden, entsprechen aber nicht nur in dieser Hinsicht dem normativen Ge-

halt deliberativer Demokratietheorie, sondern auch in Bezug auf die Einschätzung des Nutzens bürgerschaftlicher Deliberation für demokratische Politik generell. Deliberative Demokratietheorie bietet sich deshalb als Ansatz zur Analyse des Entwicklungsstands digitaler Demokratie an.

3.1 Zum Entwicklungsstand digitaler Demokratie in Europa

Viele staatliche Online-Diskussionsangebote werden von Nutzerseite an dem politisch erklärten Anspruch gemessen, dass die sich beteiligenden Bürger von der Politik gehört werden und Feedbacks von den Anbietern erhalten (vgl. hierzu und zum Folgenden: Grunwald et al. 2005). In Online-Foren kommt es so häufig zu „Meta-Diskussionen" über die Art der Durchführung und den Sinn des Forums selbst. Hier geht es zumeist um die Frage der Responsivität der Anbieter, also inwieweit der Umgang der politischen Akteure mit dem Forum den erklärten programmatischen Zielen zur E-Demokratie entspricht. Die an den Foren Kritik übenden Bürger berufen sich dabei nicht selten auf Gepflogenheiten der Netz(diskussions)kultur und fordern von den politisch Verantwortlichen diese zu berücksichtigen. Konfliktanlässe sind hier z.B.

- die Frage, ob die Foren prä- oder postmoderiert sein sollten – also eine Vorabprüfung der Beiträge stattfindet oder nicht stattfindet –,
- die Forderung nach einer transparenten politischen Nutzung der Diskussionsergebnisse
- und die Erwartungen an eine aktive Teilnahme von Politikern in den Diskussionen.

Die Kritik übenden Bürger erwarten von den staatlichen Online-Diskussionangeboten zum einen, dass lebhafte Diskussionen zwischen den Teilnehmern ermöglicht werden, was durch eine zeitaufwändige Vorabprüfung der Beiträge erschwert wird. Zum anderen werden eine Beteiligung der politisch Verantwortlichen und die Präsenz von Moderatoren als Ansprechpartner im Forum – nicht nur für technische Fragen – eingefordert. Entscheidend ist dabei offenkundig, dass das Engagement der Anbieter der Zweckbestimmung des Forums gerecht wird: Wenn das Forum erklärtermaßen allein dem Austausch zwischen Bürgern, also der Ermöglichung von C2C-Kommunikation, dienen soll, ist die Abwesenheit von Ansprechpartnern zumeist unproblematisch. Wird hingegen angekündigt, dass ein Online-Dialog mit der Politik ermöglicht werden soll, bestehen bei vielen Bürgern auch entsprechende Ansprüche.

Neben Kritik der genannten Art finden sich aber erwartungsgemäß auch Beiträge von Bürgern, die ihre Prioritäten anders setzen: Zum einen stößt man auf Forderungen nach einer plebiszitären E-Partizipation, was u.a. auch durch die lange Tradition der Assoziation direktdemokratischer Hoffnungen mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien erklärbar ist (vgl. auch Coenen 2005). Zum anderen gibt es Bürger, die staatliche Online-Diskussionsangebote auch dann positiv bewerten, wenn es durch sie lediglich zu einer C2C-Kommunikation kommt. Überdies gibt es auch Verteidiger der Vorabprüfung von Beiträgen, die auf schlechte Erfahrungen bei anderen Online-Diskussionen (mit „Trollen" – also rein destruktiv agierenden Diskutanten –, politischen Extremisten etc.) verweisen.

Bei diesen Konflikten zeigt sich, dass die Verfestigung von Akteursrollen und Ausbildung von Routinen in diesem Bereich noch nicht weit vorangeschritten sind: Während die für das politische System seit langem relevanten, face-to-face oder massenmedial erzeugten Handlungsräume nach relativ festen Regeln organisiert sind, werden die politischen Interaktionsräume im Netz immer noch von Verhaltensunsicherheiten der Akteure in Bezug auf den Sta-

tus der dort laufenden Kommunikation und dabei von netz(diskussions)kulturellen Besonderheiten geprägt. Üblichkeiten der politischen Kommunikation offline werden daher in Frage gestellt. Aufgrund soziotechnischer Merkmale der Online-Diskussionsformate entstehen zudem qualitativ neue Kommunikationssituationen und Konfliktpotenziale. Auseinandersetzungen über die Verbindlichkeit netzkultureller Gepflogenheiten (z.B. in Bezug auf die Rolle des Moderators, die Möglichkeit vollständig anonymer Teilnahme an den Diskussionen oder das Setzen externer Links durch kommentierende Bürger) zeigen, dass es sich bei den netzbasierten Handlungsräumen um „technosoziale Zusatzräume" (Ahrens 2003; vgl. auch Coenen 2005) für die politische Kommunikation handelt, die als „umstrittener Raum" („contested space") begriffen werden können: Es wird nicht nur „in ihnen" über politische Streitfragen gestritten, sondern ihre Gestaltung selbst wird zum Gegenstand von Konflikten. Idealiter kommt es dabei zu einer Deliberation der Spielregeln von Online-Deliberation, also gleichsam zu einer rationalen und demokratischen Auseinandersetzung über die Gestaltung der Handlungsräume digitaler Demokratie.[2] Vielfach ist dies aber auch nicht der Fall: Zumeist ins Polemische abdriftende „Meta-Diskussionen" im Forum verhindern dann, dass dieses für seinen eigentlich Zweck – die Deliberation politischer Sachfragen – effektiv genutzt wird. Dynamik und Schärfe der Konflikte resultieren dabei aus dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren – wie vor allem aus dem hohen Grad von Misstrauen vieler Bürger gegenüber der Politik und aus unterschiedlichen Auffassungen zu Online-Diskussionen und E-Partizipation. Digitale Demokratie weckt, so wie sie in den politischen Programmen beschrieben wird, hohe Erwartungen (vor allem stark internetaffiner oder partizipationswilliger Bürger), denen in der Praxis staatlicher Online-Diskussionsangebote dann aber oft nicht entsprochen wird.

Studien zum Stand der digitalen Demokratie in europäischen Ländern und auf EU-Ebene kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass bisher die Zahl der Angebote zum Online-Dialog zwischen Politik und Bürgern – und insbesondere der erfolgreichen – überschaubar ist, dass die digitale Demokratie hier also weiterhin noch in den Kinderschuhen steckt (OECD 2003; Trechsel et al. 2004; Grunwald et al. 2005; ITA 2005; van Audenhove et al. 2005). So ergaben zwar mehrere inhaltsanalytische Untersuchungen von Online-Foren (vgl. z.B. Grunwald et al. 2005; ITA 2005), dass die analysierten Diskussionen Qualitäten aufweisen, die aus der Perspektive deliberativer digitaler Demokratietheorie wünschenswert sind (wie vor allem: Rationalität der Argumentation, Interaktivität der Diskutanten, erfolgreiche Verständigungsprozesse). Und auch in quantitativer Hinsicht – in Bezug auf die Zahl der die Foren nutzender Bürger – gibt es zahlreiche Beispiele für erfolgreiche Angebote. Schwachpunkte vieler Foren sind aber die mangelnde Responsivität der Anbieter, die unklare Zweckbestimmung der Foren oder das ausschließliche Vertrauen auf die überdurchschnittlich starke Einsatzbereitschaft an dem Thema interessierter Mitarbeiter (bei mangelhafter Ressourcenausstattung der Projekte). Häufig bleiben in den Foren, die Bürger unter sich – was bei den Foren, in denen ein Online-Dialog mit Politikern oder ihren Mitarbeitern angekündigt (oder zumindest nicht ausgeschlossen) wurde, zu Frustrationen der Teilnehmer führen kann.

---

[2] Nicht nur in dieser Hinsicht vorbildhaft war das Projekt „Elektronische Demokratie" des Deutschen Bundestages, in dem sich der Moderator auf einen intensiven Dialog mit den Teilnehmern auch über das Forum selbst einließ. Siehe das Archiv unter: http://www.bundestag.de/edemokratie/.

Besonderes Interesse verdienen daher Projekte, die als „Best Practice“-Beispiele gelten. Im Bereich parlamentarischer E-Demokratie sind dies (auf nationaler Ebene) vor allem die von der Hansard Society betreuten Online-Konsultationen des britischen Parlaments[3] und das oben erwähnte Projekt „Elektronische Demokratie“ des Deutschen Bundestages (in den Jahren 2001/2002; vgl. Fußnote 2). Beide zeichnen sich durch aktive Moderation aus, Unterschiede bestehen vor allem bei der Einbindung der Foren in den politischen Prozess sowie der Teilnahme von Politikern an den Diskussionen. Hinsichtlich des letzteren kann das Projekt „Elektronische Demokratie“ als innovativ gelten, da es das zentrale Problem der unzureichenden Beteiligung staatlicher Akteure durch die Veranstaltung einer „Virtuellen Podiumsdiskussion“ zwischen den interessierten Mitgliedern des Bundestages (mit der Möglichkeit zu „virtuellen Zwischenrufen“ für die Bürger) löste. Aufgrund widriger, nicht durch die Anbieter zu verantwortender Umstände konnte jedoch die geplante enge Anbindung des Forums an einen politischen Entscheidungsprozess nicht realisiert werden. In dieser Hinsicht zeichnen sich die britischen parlamentarischen Online-Konsultationen positiv aus: Diese Foren haben sich in den letzten Jahren zu einem relativ weithin anerkannten Instrument der parlamentarischen Arbeit entwickelt.

3.2 Das Dilemma digitaler Demokratie

Beim Blick auf Online-Diskussionsangebote staatlicher Institutionen zeigt sich mithin, dass Anspruch und Wirklichkeit politisch-instutioneller Aktivitäten zur E-Demokratie oft weit auseinanderklaffen. Teilt man die Auffassung, dass die verstärkte bürgerschaftliche Deliberation politischer Themen und eine Intensivierung der wechselseitigen politischen Kommunikation zwischen Politik und Bürgern zu einer wünschenswerten Weiterentwicklung repräsentativer Demokratie führen können, erscheinen viele Online-Diskussionen auf Websites politischer Institutionen kontraproduktiv: Das Engagement von Bürgern in den Online-Foren, Chats und Gästebüchern, die auf diesen Websites angeboten werden, ist offenkundig oft politisch folgenlos – und man stößt zudem auf viele Beispiele dafür, dass absehbaren oder manifesten Frustrationen teilnehmender Bürger von Seiten der Anbieter nicht entgegengewirkt wird. Umgekehrt kann es auch bei den Anbietern zu einer Desillusionierung führen, wenn ihre Online-Diskussionsangebote aus nicht ersichtlichen Gründen auf wenig Resonanz stoßen. Da gleichzeitig auf programmatischer Ebene – insbesondere zu Anfang des Jahrzehnts, aber auch noch in jüngerer Zeit – der E-Demokratie eine ausgesprochen hohe Relevanz für die weitere Entwicklung repräsentativer Demokratie beigemessen wird, entsteht eine Situation, die sich als ein Dilemma digitaler Demokratie charakterisieren lässt. Es werden einerseits hohe Erwartungen geweckt, andererseits aber in der praktischen Umsetzung der programmatischen Ankündigungen Enttäuschungen durch das Design der Angebote vorprogrammiert oder bei der Durchführung in Kauf genommen.

Allerdings sind hier relativierend – neben den Beispielen für „Good Practice“ und „Best Practice“ – auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Online-Diskussionsformaten zu beachten. So ist z.B. bei den in Deutschland weit verbreiteten Politiker-Chats (Bieber 2003; Grunwald et al. 2005) gewährleistet, dass die interessierten Bürger nicht unter sich bleiben. Ein

[3] Siehe: http://www.tellparliament.net. Vgl. auch: OECD (2003), Coleman (2004b); Grunwald et al. (2005); Trénel (2005).

Online-Dialog ist also prinzipiell möglich. Problematisch sind aber die Auswirkungen der kommunikativen Situation im Politiker-Chat (Diekmannshenke 2004). Der synchrone Charakter der Kommunikation und deren kurze Dauer führen in der Regel dazu, dass der Austausch zwischen Politiker und Bürgern nach dem Frage-Antwort-Schema abläuft. Selbst Nachfragen der Bürger zu den erhaltenen Antworten sind selten möglich. Hinzu kommt, dass – zumindest bei einem hohen Frageaufkommen – der Moderator, den viele Politiker-Chats aufweisen, eine auf die Interessen und Bedürfnisse des Politikers abgestimmte Auswahl der Fragen vornehmen kann. Allgemein gelten Chats – vor allem aufgrund ihrer kurzen Dauer – zu Recht als wenig geeignet für eine Online-Kommunikation mit deliberativem Anspruch (vgl. z.B. Leggewie 2003). Sie können in deliberativen Prozessen sinnvoll eher als ergänzende Instrumente eingesetzt werden, vor allem zur Realisierung öffentlichkeitswirksamer „Events“ (wie Chats mit Spitzenpolitikern) im Rahmen des Gesamtprozesses (vgl. Coleman/Goetze 2001; Grunwald et al. 2005). Es geht bei ihnen daher weniger darum, Wissensressourcen und Auffassungen von Bürgern für politische Zwecke einzuholen und deren Partizipation an politischen Meinungsbildungs- oder gar Entscheidungsprozessen zu ermöglichen, als vielmehr darum, eine virtuelle Bürgersprechstunde – oft mit Unterhaltungscharakter – einzurichten. Es nimmt so nicht Wunder, dass viele Politiker dieses Diskussionsformat zu schätzen wissen, erlaubt es doch, die eigenen politischen Positionen darzustellen oder auch Persönliches zu äußern, ohne dabei in die Tiefe gehen und auf beharrliche Nachfragen reagieren zu müssen.

Die Nutzung von asynchronen Diskussionsformaten – und insbesondere von Online-Foren – gilt hingegen in Politik (vgl. z.B. Bundesregierung 2005; Europäische Kommission 2001a) und Wissenschaft vielen als Königsweg zur Realisierung von Online-Dialogen zwischen Politik und Bürgern und zur Förderung deliberativer digitaler Demokratie: „It is the asynchronous nature of online engagement that makes manageable large-scale, many-to-many discussion and deliberation. In an online discussion, the gaps between utterance, reception and response are fundamentally different from those in face-to-face or other synchronous settings. In online discussion listening (and lurking) can be just as important a function as speaking (message-posting) and the best deliberative results are often achieved when messages are stored or archived and responded to after readers have had time to contemplate them. Online deliberation can be regarded as deliberation without the crude and suffocating constraints of time that often render synchronous discussions futile, facile or over-heated” (Coleman/Goetze 2001, S. 17). Online-Diskussionsforen leiden aber oft unter dem mangelnden Engagement der Politiker und thematisch zuständigen Fachleute in den Verwaltungen. Ersteres führt dazu, dass ein Online-Dialog nur selten stattfindet. Letzteres erschwert es den (oft sehr engagierten) Redaktionen und Moderatoren, anstelle der Politiker die inhaltliche Diskussion mit den Bürgern zu führen oder zumindest deren Diskussionen untereinander – zur Förderung ihres deliberativen Charakters – mit Sachinformationen zu unterstützen.

Über die Gründe für die genannten Schwierigkeiten lässt sich zumeist nur spekulieren. Es gibt aber eine Reihe von Anhaltspunkten für die Annahme, dass sich hier einerseits ein „Medienkonservatismus“ in den Verwaltungen, bei den Entscheidern und den für Öffentlichkeitsarbeit Zuständigen auswirkt, und andererseits – zumindest in Staaten wie Deutschland und Großbritannien – auch Traditionen der politischen Kultur eine Rolle spielen, die den programmatischen Zielen einer transparenten und responsiven (bzw. „interaktiven“) Politik zuwiderlaufen.

Ein Übriges tun budgetäre Restriktionen, angesichts derer die – in der Regel nur eine relativ kleine Anzahl von Menschen ansprechenden – Online-Diskussionsangebote als wenig relevant erscheinen.

3.3 Die gewachsene Attraktivität von Weblogs

Angesichts des skizzierten Dilemmas eröffnen Politiker-Weblogs neue, attraktive Möglichkeiten für den Online-Dialog. In gewisser Hinsicht vereinen Blogs mit Kommentarbereichen die Vorteile von Chats und Foren und sind dabei in der Regel mit weniger Aufwand zu betreiben. Wie im Chat hat der Politiker die Möglichkeit, ausführlich seine Positionen und Anliegen darzulegen und auch Persönliches einfließen zu lassen. Im Gegensatz zum Chat und ähnlich wie bei Online-Foren haben die Bürger aber Zeit und Raum für ihre Beiträge und können untereinander ohne Zeitdruck diskutieren. Einige der Unterschiede zwischen Forum und Blog dürften letzteres für den Politiker zum attraktiveren Kommunikationsformat machen. Allerdings sind diese Unterschiede, von den technischen Potenzialen her gesehen, weniger eindeutig als die Unterschiede zwischen Chat und Forum: Ausschlaggebend sind die soziokulturellen Charakteristika des Blogging und der Online-Foren. Während in Foren, auch wenn ihnen als Aufhänger ein Politiker-Statement vorangestellt ist, die Diskussionen thematisch strukturiert sind, orientiert sich die Diskussion in den Kommentarbereichen von Blogs idealiter an den regelmäßig erscheinenden Beiträgen der Politiker, die in sich oft thematisch heterogen sind und dabei eine Kommunikation begünstigen, in deren Fokus die Persönlichkeit und Auffassungen des Politikers stehen. Aus der Perspektive deliberativer Demokratie(theorie) kann dies jedoch als Nachteil erscheinen, weil es die rationale und sachbezogene Deliberation politischer Themen möglicherweise erschwert.[4] Zugleich kann auf diese Weise aber auch ein zentrales Ziel digitaler Demokratie potenziell leichter erreicht werden, nämlich eine intensivere Kommunikation zwischen Amts- und Mandatsträgern einerseits und Bürgern andererseits.

Vor dem Hintergrund dieser Unterschiede zwischen den Online-Diskussionsformaten werden die Vorteile von Weblogs bisher auch weniger auf der Ebene institutioneller Angebote gesehen: Online-Diskussionsangebote auf parlamentarischer Ebene dienen z.B. vorrangig der Einbindung interessierter Bürger in die parlamentarische Arbeit (insbesondere von Ausschüssen) und sind dabei in der Regel auf die Bedürfnisse der Fraktionen – und nicht einzelner Abgeordneter – zugeschnitten. Weblogs könnten zwar, von ihrem soziotechnischen Potenzial her gesehen, auch für institutionelle Online-Dialogangebote genutzt werden[5], und kollaborative Blogs wurden bereits von Parteien, Initiativen und Unternehmen (z.B. zum deutschen Wahlkampfs im Frühjahr/Sommer 2005) eingerichtet. Bisher bestimmen aber individuelle Blogs das öffentliche Bild von Politiker-Weblogs und von Blogs allgemein: So sind es zum einen vor allem „einfache“ Abgeordnete – oft mit einem internetaffinen beruflichen oder fachpolitischem Hintergrund – oder Kandidaten für Parlamentswahlen, die durch eigene Weblogs neue

---

[4] Foren unterscheiden sich allerdings auch danach, welche Chancen zur Themensetzung die Teilnehmer haben. Wenn die technische Möglichkeit, eigene Diskussionsstränge („threads“) oder Unterforen zu starten, nicht besteht, sind die Möglichkeiten geringer, die eigenen Anliegen und Sichtweisen gut sichtbar einzubringen. Vgl. zu diesem und anderen Unterschieden zwischen staatlich angebotenen Online-Foren: Grunwald et al. (2005).

[5] Vgl. für ein Beispiel das Weblog-Angebot des portugiesischen Parlaments: http://blogs.parlamento.pt/indice/.

Wege in der personalisierten Online-Kommunikation mit potenziellen Wählern und anderen Interessierten gehen wollen. Zum anderen gibt es – allerdings vor allem außerhalb Deutschlands – Beispiele dafür, dass hochrangige Amtsträger oder Spitzenpolitiker von Parteien Weblogs eingerichtet haben. Insbesondere hieraus ergeben sich aus der Perspektive deliberativer Demokratietheorie auch besondere Risiken der Weblog-Nutzung durch politische Akteure (Kap. 6). Europäische Beispiele für Weblogs von hochrangigen Amtsträgern oder prominenten Parteipolitikern finden sich u.a. in den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien sowie auf EU-Ebene (Kap. 5). In Deutschland zählten im Juli 2005 u.a. die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), die SPD-Politikerin Andrea Nahles (Kap. 4.2) und der Grünen-Politiker Matthias Berninger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, zum Kreis der bloggenden Politiker. Anfang August 2005 kam mit Hermann-Otto Solms (FDP) ein Vizepräsident des Bundestages hinzu.[6]

Neben den genannten Vorteilen ergeben sich aus der Nutzung von Politiker-Weblogs allerdings auch spezifische Herausforderungen für die Anbieter. Die bloggenden Politiker oder ihre Mitarbeiter haben die Aufgabe, den hohen Erwartungen gerecht zu werden, die (zumindest) in der (politischen) Blogosphäre an einen Blogger gestellt werden. Zu nennen ist hier zum einen der – im Vergleich zu anderen Online-Foren und traditionellen Websites – in der Regel verschärfte Aktualitätszwang. Der Tagebuchcharakter, der Blogs zumeist auch zugesprochen wird, bedingt es, dass Inaktivität der Anbieter schnell kritisiert oder durch Entzug von Aufmerksamkeit gestraft wird. Zum anderen ist die Auffassung verbreitet, dass Blogger einen persönlichen, legeren und geistreichen Kommunikationsstil pflegen und spontan sein sollten. Als „Todsünde“ gilt vielen die Verwendung von vorgefertigten Texten als Blog-Beiträge, insbesondere wenn sie von der Parteizentrale allen interessierten Mandatsträgern oder Kandidaten zur Verfügung gestellt wurde. Ein solches „Fehlverhalten“ wird dann auch immer wieder von Blog-Lesern und Bloggern „aufgedeckt“ und angeprangert. Gerade die Nutzung von Texten, die von der Partei zur Verfügung gestellt werden, ist aber anscheinend ein bevorzugter Weg vieler Abgeordneter, den Erwartungen an einen aktuellen, inhaltsreichen Web-Auftritt gerecht zu werden[7] – was angesichts der begrenzten Ressourcen einfacher Mandatsträger auch wenig verwunderlich ist.

Der Politiker als Blogger kann und muss, will er mit seinem Blog in der Blogosphäre erfolgreich sein, an kulturelle Praktiken anknüpfen, die in dieser Netzsubkultur verbreitet sind. Er stößt dabei auf Erwartungshaltungen und Einstellungen der Nutzer, die an die Zeiten vor dem Internet-Boom erinnern. Politische Blogger beziehen sich oft explizit oder implizit auf einige der prominentesten Hoffnungen der frühen Cyberdemokratie-Enthusiasten („Jeder kann Sender sein“, Demokratisierung der Medien, Gegenöffentlichkeit, das Netz als politisches, sozia-

---

[6] Siehe für die erwähnten deutschen Blogs: http://blog.brigittezypries.de/; http://blog.focus.msn.de/nahles/; http://politikerscreen.21publish.de/matthias-berninger; http://tagebuch.aol.de/hermannottosolms/weblog/.

[7] Eine international vergleichende Untersuchung (Zittel 2003 und 2004), bei der auch die persönlichen Websites der Abgeordneten des Deutschen Bundestages analysiert wurden, ergab, dass zwischen 2000 und 2004 der Umfang der Informationsangebote auf diesen Websites erheblich zugenommen hat, was anscheinend vor allem auf die verstärkte Nutzung von (durch die Parteien) zentral generierten Texten zurückzuführen sei (vgl. Grunwald et al. 2005).

les und kulturelles Wissensreservoir etc.; vgl. Möller 2005; Schönberger 2005a). Solche Assoziationen prägen die kulturelle Selbstbeschreibung der politischen Teile der Blogosphäre und werden augenscheinlich auch von vielen kommentierenden Blog-Lesern geteilt. Daten zur Demographie der Blogger-Szene, die in den USA erhoben wurden (Rainie 2005), weisen darauf hin, dass Blogger sich durch einen hohen Grad an Vertrautheit mit dem Internet auszeichnen. Auch wenn sich in dieser Hinsicht in den USA anscheinend Veränderungen abzeichnen, kann in Bezug auf das „Weblog-Entwicklungsland" Deutschland davon ausgegangen werden, dass Blogger überwiegend zu den sehr internetaffinen und -erfahrenen Bevölkerungsgruppen zu zählen sind. Diese Gruppen schöpfen die vielfältigen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten im Netz stark aus und nutzen es als einen alltäglichen Handlungsraum.

Zusammen mit der engen internen Vernetzung der Blogosphäre und deren (durch bloggende oder Blogs lesende Journalisten) vielfältigen Verbindungen zu den Massenmedien sind die soziodemographischen Merkmale der Blog-„Aficionados" ein Grund dafür, dass diese von Politikern als interessante Zielgruppe politischer Kommunikation angesehen werden. Einfache Mandatsträger einerseits und Spitzenpolitiker und hohe Amtsträger andererseits werden dabei aber in der Regel unterschiedliche Prioritäten haben. Ein Abgeordneter, der einen Wahlkreis gewinnen will, wird auch Interesse daran haben, gezielt Bürger dieses Kreises anzusprechen, und daher eine interessante Kommunikation mit Bloggern und passionierten Blog-Lesern eher als einen angenehmen Nebeneffekt ansehen. Politiker, die aufgrund ihrer offiziellen Position oder ihres Anspruchs, ein nationaler Spitzenpolitiker zu sein, vor allem daran interessiert sind, ihre Botschaften breit zu streuen, werden weniger Interesse an einer intensiven Kommunikation mit einzelnen Bürgern haben. Ihre Weblogs werden, wenn sie Kommentare zulassen, auch eher viele kritische Bürger anziehen, die ihre Positionen öffentlich „der Politik", der Regierung oder einer bestimmten Partei kundtun wollen.

In den folgenden beiden Kapiteln soll nun – anhand von Parlamentarier-Blogs einerseits und des Blogs der EU-Kommissarin Margot Wallström andererseits – schlaglichtartig beleuchtet werden, inwieweit die bisher formulierten Annahmen zu Politiker-Weblogs bereits Entsprechungen in der Realität haben. Dabei wird nicht der Anspruch erhoben, einen Überblick über das sich rasant entwickelnde Feld dieser Weblogs zu bieten. Es soll aber überprüft werden, ob die Annahme plausibel ist, dass sich Politiker-Weblogs auf verschiedenen Ebenen als Instrumente politischer Kommunikation mit Bürgern etablieren werden. Dabei darf – trotz aller (oft wohlfeil wirkenden) programmatischen Bekenntnisse zur digitalen Demokratie, zum Online-Dialog und zur bürgerschaftlichen E-Partizipation – nicht übersehen werden, dass zwischen Traditionen politischer Kultur und der soziokulturellen Praxis des Blogging Unterschiede bestehen, die – zumindest, wenn sie pointiert formuliert werden – wie fundamentale Gegensätze erscheinen können. In den Worten des E-Demokratie-Forschers und -Aktivisten Stephen Coleman: „The problem facing politicians who blog is that they are professionally implicated in the very culture that blogging seeks to transcend. Politicians live in a world of certainty and tribal loyalty which is at odds with the blogging ethos of open-mindedness and knowledge-sharing. As long as politicians are expected to be never in doubt and ever faithful to catechismic party messages, their blogging efforts are always likely to look more like simulation than authentic self-expression. However many jokes they tell or safe vulnerabilities they expose, the public will never relax in their company and will be ever

suspicious that today's 'spontaneous' blog entry was yesterday's faxed 'message' from the party HQ. Blogging politicians are always going to be seen as a little bit like those old Communist apparatchiks who had to sit in the front row at rock concerts and pretend to swing to the beat." (Coleman 2004a). Was in diesem Zitat ironisch-überspitzt zum Ausdruck gebracht wird, ist die Wahrnehmung, dass Politiker-Weblogs zumindest auf den ersten Blick eine Mesalliance darstellen: eine unglückliche Verbindung zwischen einer kulturellen Praxis, die auf Offenheit, starke Formen der Selbstdarstellung und lebhafte Debatten ausgerichtet ist, und einer politischen Kultur, in der die Akteure oft Nachteile befürchten müssen, wenn sie spontan, originell und allzu persönlich kommunizieren.

4 Parlamentarier und Weblogs

Die Art der Personalisierung von Online-Kommunikation, die für Weblogs typisch ist, wie auch die Charakteristika der Blogosphäre erscheinen für gewählte Abgeordnete oder sich zur Wahl stellende Politiker zunächst aus verschiedenen Gründen attraktiv: Zum einen kann durch die Mischung von Ernstem und Unernstem, Politischem und Privatem der Parlamentarier oder Kandidat seine Persönlichkeit herausstellen, also versuchen auch als Person zu überzeugen und nicht nur als Vertreter seiner Partei. Zum anderen kann er darauf hoffen, dass eine als authentisch wahrgenommene und als interessant empfundene Präsenz als Blogger durch Reaktionen von Bürgern im Kommentarbereich und durch Aufmerksamkeit für das eigene Angebot in der Blogosphäre belohnt wird. Idealiter bildet sich um das Weblog eine Online Community, die zu einem festen Ansprechpartner für den Politiker wird und als Multiplikator in einer besonders vitalen Netzöffentlichkeit dienen kann. Ein eigenes Weblog stellt somit für die Politiker potenziell ein sehr gut geeignetes Instrument für eine stark personalisierte, interaktive Kommunikation mit Bürgern dar – wobei zudem Hoffnungen auf eine Erweiterung seiner Wissensressourcen sowie seines Kenntnisstandes über Auffassungen der Bürger berechtigt erscheinen. Die Erwartungen, die Abgeordnete mit ihren Weblogs verbinden, und zum Teil auch ihre Erfahrungen entsprechen dem Gesagten, wie im Folgenden anhand einiger Beispiele aus Großbritannien und Deutschland veranschaulicht werden soll.

4.1 Erfahrungen bloggender Parlamentarier in Großbritannien

Im Vereinigten Königreich haben Parlamentarier – maßgeblich unterstützt durch die unabhängige, aber eng mit dem Parlament verzahnte Hansard Society – seit einigen Jahren eine treibende Rolle in der Weiterentwicklung staatlicher E-Demokratie gespielt (vgl. Grunwald et al. 2005). Im Bereich der politischen Weblog-Nutzung lässt sich sogar feststellen, dass durch eine kleine Zahl von bloggenden Abgeordneten generell die politischen Aspekte des Blogging der Öffentlichkeit bekannter gemacht worden sind (Ferguson, Howell 2004): Parlamentarier wie der Liberale Richard Allan (http://www.richardallan.org.uk) und der Labour-Abgeordnete Tom Watson (http://www.tom-watson.co.uk) haben mit ihren seit Februar/März 2003 bestehenden Blogs eine ähnliche Vorreiterrolle gespielt wie der demokratische Präsidentschaftsbewerber Howard Dean in den USA. Auch wenn die Zahl bloggender britischer Abgeordneter immer noch – großzügig gezählt[8] – im niedrigen zweistelligen Bereich liegt, handelt es sich

[8] Die Zählweise hängt selbstverständlich davon ab, wie man „Blogger" und „Weblog" definiert, ob also z.B. Angebote ohne Kommentarfunktion, ohne eigene, in der ersten Person geschriebene Beiträge des Politikers und solche, die im Rahmen eines Gesamtangebots eines Internet-Informationsdienstleisters erfolgen, als Politiker-

doch bei fast allen Blogs um dauerhafte Angebote und nicht um kurzfristige Wahlkampfaktionen. Zudem konnten in den Jahren 2004/2005 Neueinsteiger wie der konservative Abgeordnete Boris Johnson (http://www.boris-johnson.com) ein beachtliches Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit für ihr Blog erlangen. Johnsons Blog ragt auch hinsichtlich der Leserresonanz heraus, mit in der Regel mehr als 50 Kommentaren pro Beitrag. Unterstützt wurden und werden die Parlamentarier durch rührige britische Blog-Aktivisten, zivilgesellschaftliche Organisationen und insbesondere wiederum auch durch die Hansard Society.

Welche Absichten verfolgen Parlamentarier mit ihren Blogs und wie nutzen sie diese? Zur Annäherung an diese beiden Fragen wird im Folgenden zunächst auf zwei Beispiele eingegangen.

Der britische Labour-Abgeordnete Tom Watson, Mitglied des Unterhauses und einer der Pioniere im Bereich der Politiker-Weblogs, betont, dass er zu Beginn seiner Aktivität als Blogger nicht nur überrascht gewesen sei, sich in einer ihm bisher unsichtbaren Kultur wieder zu finden, sondern auch über das hohe Maß an Kommunikationsbereitschaft, das in der Blogosphäre besteht (Ferguson, Howell 2004). Zudem verweist er auf konkrete politische Erfolge, die durch sein Weblog ermöglicht worden seien (Thompson 2004): So hat er in diesem Proteste von Bürgern gegen eine Supermarktkette öffentlich gemacht, deren Filiale in seinem Wahlkreis u.a. größere Probleme bei der Abfallbeseitigung verursacht habe. Erst nachdem sich in seinem Blog Bürger aus anderen Teilen Großbritanniens mit ähnlichen Protesten über die Supermarktkette zu Wort gemeldet hatten und ein norwegischer Journalist anlässlich einer Recherche zur geplanten Expansion des Unternehmens nach Norwegen mit Watson Kontakt aufgenommen hatte, waren die Verantwortlichen des Unternehmens bereit, auf die (zuvor ignorierten) Anfragen Watsons zu reagieren. Eine weitere – ihm selbst moralisch allerdings nicht unproblematisch erscheinende – Nutzung von Blogs als „politischer Waffe“ sei ihr Einsatz zur Diskreditierung politischer Gegner. So habe die Veröffentlichung eines negativen Beitrags zu einem konservativen Politiker auf Watsons Blog dazu geführt, dass über längere Zeit hinweg bei Google-Recherchen zum Namen des konservativen Politikers dieser Beitrag unter den ersten fünf Ergebnissen erschien.[9]

Da Watson ein Sonderfall ist, der als Pionier im Bereich der Politiker-Weblogs bereits einmal über 150.000 Besucher seines Blogs in einem Jahr zählte, empfiehlt sich auch ein Blick auf Erfahrungen eines mit seinem Blog weniger erfolgreichen Parlamentariers. So stellt der langjährige Labour-Unterhausabgeordnete Clive Soley, mittlerweile ein Lord, in einem kurzen

---

Weblogs eingestuft werden. Siehe für eine Linksammlung zu britischen Parlamentarier-Blogs: http://www.bloggerheads.com/political_weblogs/index.html.

[9] Eine derartige Nutzung der Möglichkeiten von Blogs zur Einflussnahme auf das Google-Ranking ist kein Einzelfall, sondern insbesondere in Großbritannien eine Methode von Bloggern, Politiker zu diskreditieren oder – häufiger – diese zu einem eigenen Engagement in der Blogosphäre, also zur Einrichtung eines Blogs, zu bewegen. Dabei bedienen sie sich vorzugsweise des Instruments der „Fake-Weblogs“, also solcher Blogs, die zumindest auf den ersten Blick wie ein Angebot des Politikers erscheinen. Vor allem im Rahmen und im Anschluss an das „Proxy Blog Project“ des Internet-Marketing-Experten und Blogging-Aktivisten Tim Ireland ist eine ganze Reihe von Blogs dieser Art entstanden (vgl. http://www.bloggerheads.com/political_weblogs/index.html; Kategorie „Proxies“). Insoweit die „Fake“- bzw. „Proxy“-Weblogs der Diskreditierung und Kritik des Politikers dienen, stehen sie in einer Tradition politischer Nutzung von „Fakes“, die auch im Internet seit längerem wirksam ist (vgl. Schönberger 2005b).

Beitrag folgendermaßen die Vorteile, Herausforderungen und offenen Fragen dar, die sich aus seiner Sicht bei der Nutzung von Parlamentarier-Weblogs ergeben (Soley o.J.): Demnach ist derzeit noch der Hauptvorteil von Blogs, dass durch sie der bloggende Politiker in einen substanziellen argumentativen Austausch mit Bürgern eintreten kann, bei dem es ihm gelingen kann, bestehende Vorurteile gegen Politiker abzubauen und zudem sein unmittelbares Abhängigkeitsverhältnis von den etablierten Massenmedien zu überwinden. Soley berichtet nicht nur von beachtlichen Besucherzahlen seines Blogs (ca. 500 pro Woche), sondern auch von lebhaften, für ihn sehr interessanten Diskussionen im Kommentarbereich, bei denen beteiligte Bürger – auch wenn sie politische Differenzen mit ihm hatten – sein Angebot zur offenen Debatte begrüßten. Der Online-Kommunikation prinzipiell gegenüber positiv eingestellte Parlamentarier-Kollegen äußerten allerdings häufig zwei Bedenken: zum einen die Frage, ob nicht der Zeitaufwand für das Bloggen zu hoch sei, zum anderen die Sorge, dass nicht die Bürger im eigenen Wahlkreis erreicht würden, sondern hauptsächlich interessierte Internet-Nutzer aus anderen Landesteilen oder Staaten. Den ersten Einwand weist Soley zurück, indem er die halbe Stunde, die er benötige, um eine wöchentlich erscheinende Kolumne für die Lokalzeitung zu schreiben, den 90 Minuten gegenüberstellt, die er im selben Zeitraum für das Abfassen von Beiträgen für sein Weblog aufwende. Angesichts der Tatsache, dass er, was er für den Blog verfasst, auch sonst schreiben würde, erscheint ihm der Mehraufwand irrelevant. Zu der Frage der Zielgruppenorientierung der Weblog-Kommunikation verweist Soley auf günstige Bedingungen in seinem Wahlkreis, in dem Lokalzeitungen und Bürgerinitiativen auf ihren Websites Links zu seinem Blog gesetzt haben. Auch wenn bisher nur eine Minderheit der Bürger in seinem Wahlkreis das Blog nutze, würden die weitere Ausbreitung von Weblogs und die die Herausbildung einer „interactive computer literate generation“ (durch Chatrooms etc.) dazu führen, dass die Zahl der an Parlamentarier-Blogs interessierten Bürger steigt. Ungeachtet der Frage der Zielgruppenansprache im Wahlkreis sei er aber schon jetzt mit dem Publikum seines Blogs und der Möglichkeit zufrieden, die üblichen massenmedialen Kanäle zu umgehen: „The value I get from it is the very wide audience and my ability to get my views and arguments across unhindered“ (Soley o.J., o.S.).

4.2 Die ersten Parlamentarier-Blogs in Deutschland

Auch in Deutschland hat seit der zweiten Jahreshälfte 2004 – und stark beschleunigt durch den Wahlkampf 2005 – die Zahl von Parlamentarier-Blogs zugenommen.[10] Neben individuellen Blogs haben sich Abgeordnete (und Kandidaten) zudem verstärkt als Blogger an Weblog-Angeboten beteiligt, die von Parteien, unabhängigen Initiativen oder kommerziellen Medienanbietern eingerichtet wurden. Diese Entwicklung vollzog sich parallel zu einem allgemeinen Bedeutungszuwachs parteipolitischer Blogs in Deutschland im Frühjahr und Sommer 2005, einem Zeitraum, in dem die Parteien verstärkt auf die Nutzung dieses Internet-Formats für den Wahlkampf setzten. Inwieweit kam es nun auf den Parlamentarier-Blogs (bis Ende Juli 2005) zu Online-Diskussionen und insbesondere zu einem Online-Dialog mit Bürgern?

Die Mehrzahl der individuellen Parlamentarier-Blogs verzeichnet eine nur geringe Aktivität in den Kommentarbereichen. Zahlreiche Beiträge der Abgeordneten wurden gar nicht kommentiert, nur in Einzelfällen erreichte die Zahl der Kommentare den zweistelligen Bereich.

[10] Siehe z.B. die Linksammlungen auf: http://thomaskopp.wahl.de/main/; http://www.lautgeben.de/.

Eine Ausnahme bildete hier das Blog des SPD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber, des Pioniers unter den bloggenden Mitgliedern des Bundestages (mit einem im September 2004 gestarteten Blog; siehe: http://www.ulrich-kelber.de/blog/). Ihm ist es gelungen, eine kleine Online-Community für seinen Blog zu gewinnen, von der fast alle Kommentare zu seinen durchschnittlich alle zwei Tage erscheinenden Beiträgen stammen. Ausweislich der Nicknames handelt es sich bei dieser Community um sieben Personen, die zum Teil häufiger untereinander diskutieren, und Kelber selbst ist mit zahlreichen Beiträgen auch im Kommentarbereich vertreten. Beides zusammen hat dazu geführt, dass die Zahl der Kommentare zu einzelnen Beiträgen in mehreren Fällen im niedrigen zweistelligen Bereich (Maximum 36) lag. Die im Vergleich dazu geringe Resonanz, die sich bei anderen individuellen Blogs zeigt, dürfte bei einigen daran liegen, dass die Beiträge prämoderiert – also erst nach Prüfung veröffentlicht – werden, was z.B. bei zwei bloggenden CDU-Abgeordneten der Fall ist. Im Fall des relativ früh – nämlich im April 2005 – eingerichteten, nicht prämoderierten Blogs des FDP-Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim Otto (http://ottosweblog.blogg.de/) ist die Zahl der Kommentare ebenfalls gering. Der einzige Fall mit einer zweistelligen Zahl von Kommentaren war ein Beitrag Ottos, in dem er sich zu seinem Weblog selbst äußerte und dabei betonte, dass er seine Beiträge selbst schreibe, was zu einer kleinen Diskussion (13 Beiträge) über den Wahrheitsgehalt dieser Aussage führte. Bemerkenswert ist aber, dass die insgesamt relativ kleine Zahl der Kommentare immer noch einen deutlichen Zuwachs an Bürger-Reaktionen auf die Webpräsenz des Abgeordneten darstellt: In seinen seit 2003 angebotenen Online-Foren werden insgesamt lediglich fünf Nutzerbeiträge verzeichnet.

Ebenfalls uneinheitlich stellte sich bis Ende Juli 2005 die Situation bei der Resonanz auf die Beiträge bloggender Mitglieder des Bundestages in den Angeboten Dritter dar. Während die Zahl der Kommentare bei Angeboten kleiner Initiativen und reiner Online-Medien gering ausfiel, wurden in dem in der ersten Juni-Woche eingerichteten Blog-Angebot eines etablierten Massenmediums (der Zeitschrift „Focus“) beachtlich viele Kommentare zu den Beiträgen der Abgeordneten Andrea Nahles verzeichnet: Zu ihren fast täglich erscheinenden Texten erfolgte im Juni/Juli 2005 nahezu durchgängig eine zweistellige Zahl von Kommentaren (durchschnittlich 51). Neben dem relativ hohen Bekanntheitsgrad dieser Politikerin wird sich hier vor allem die Tatsache niedergeschlagen haben, dass es sich um ein Angebot eines etablierten massenmedialen Akteurs handelte. Allerdings kam es dabei nicht zu einem Online-Dialog zwischen Politik und Bürger – da es keine Reaktionen seitens der Abgeordneten auf die Kommentare gab –, wohl aber zu regen Online-Diskussionen zwischen den Kommentierenden, trotz der Tatsache, dass deren Beiträge aufgrund von Vorabprüfungen deutlich zeitversetzt erschienen.

Die Entwicklung der deutschen Politiker-Weblogs bis Anfang August 2005 zeigt, dass in der ersten Welle der Diffusion dieses Kommunikationsinstruments Online-Diskussionen im größerem Umfang nur dort stattfanden, wo entweder ein etablierter massenmedialer Akteur (die Zeitschrift „Focus“) in einem (auch offline beworbenen) Online-Auftritt als Anbieter auftrat oder – wie im Fall des Abgeordneten Ulrich Kelber – ein Parlamentarier besonders frühzeitig ein Weblog eingerichtet hatte, sehr viele eigene Beiträge einstellte und dadurch einen (allerdings kleinen) Kreis von aktiven Nutzen über längere Zeit an das Angebot binden konnte. Deutlich wird zudem, dass einzelne Abgeordnete mehr oder weniger erfolgreich versucht haben, einen Online-Dialog mit Bürgern auf ihren Weblogs zu beginnen. Im Gegensatz dazu

benutzten andere – und insbesondere bekanntere – Politiker das Format ausschließlich oder hauptsächlich als ein Mittel „klassischer“ One-to-many-Kommunikation, also zur Verbreitung ihrer Positionen ohne Feedbacks auf die Reaktionen der Bürger. Uneinheitlich wurde auch in Bezug auf die Moderation verfahren: Es fanden sich sowohl prämoderierte als auch postmoderierte Blogs. Diese Uneinheitlichkeit ist allerdings auch ein Kennzeichen der Situation bei den politisch-institutionellen Online-Forenangeboten in Deutschland, weshalb man davon ausgehen kann, dass sich hier generell noch keine Organisationsformen von politischen Online-Diskussionsangeboten verfestigt haben. Für die weitere Entwicklung im Bereich deutscher Politiker-Weblogs dürfte entscheidend sein, ob hierzulande die soziokulturelle Praxis Blogging allgemein und insbesondere politische Blogs an Bedeutung gewinnen. Ob Politiker dabei sogar eine Vorreiterrolle spielen können, ist derzeit noch nicht klar.

4.3 Zwecke von Parlamentarier-Weblogs und Motive der Abgeordneten

Als Gründe für ihr Engagement als Blogger nennen britische und deutsche Abgeordnete in ihren Blogs a) die Meinungsmacht der Blogosphäre, b) das Bedürfnis nach Sichtbarkeit in dieser als politisch relevant wahrgenommenen Netzöffentlichkeit mit ihren zahlreichen Vernetzungen zu den etablierten Medien (vor allem durch bloggende oder Blogs lesende Journalisten), c) die geringere Abhängigkeit vom unmittelbaren Zugang zu den massenmedialen Kanälen selbst, d) die verbesserten individuellen Möglichkeiten des Agenda-Setting und der politischen Aktion, e) die Blog-spezifische Personalisierung politischer Kommunikation, f) die Möglichkeiten der direkten, nachhaltigen Interaktion mit als sehr engagiert empfundenen, überwiegend jungen Bürgern (insbesondere aus dem eigenen Wahlkreis) und g) das Bedürfnis (insbesondere von Medien- und Internetfachpolitikern), soziotechnisch auf der Höhe der Zeit zu sein, also neuen netzkulturellen Entwicklungen und Online-Informations- und Kommunikationsformaten gegenüber aufgeschlossen zu sein.

Einige dieser Aspekte prägen auch die Erwartungen von Parlamentariern an den Online-Dialog generell (vgl. Grunwald et al. 2005). Nimmt man die Bekundungen der bloggenden Politiker in ihren Blogs zum Maßstab können zwei Punkte jedoch als Besonderheiten der Erwartungen an dieses Internetformat gelten. Sie ergeben sich nicht (oder nicht vorrangig) aus technischen Spezifika, sondern aus soziotechnischen und -kulturellen Eigenheiten des Blogging. Es sind dies die besondere Form der Personalisierung politischer Kommunikation und die Attraktivität der Blogger-Szene als Zielgruppe. Blogger werden wahrgenommen als ein stark internetaffiner und diskussionsfreudiger Teil der Gesamtbevölkerung. Die Diskussionskultur der politischen Blogosphäre wird als modern und anregend empfunden und Blogging als eine Form authentischer Kommunikation, die (zumindest im Prinzip) auch den Dialog mit Politikern für „einfache“ Bürger attraktiver machen kann. Darüber hinaus gelten Blogger und aktive Blog-Leser als eine aufmerksamkeitsökonomisch besonders relevante Zielgruppe: Wenn ein Politiker mit seinem Blog eine feste Größe in der Blogosphäre ist, steigt demnach auch die Sichtbarkeit seiner Präsenz im Netz, insbesondere in den Suchmaschinenergebnissen. Politische Debatten und Informationsangebote in der Blogosphäre stoßen zudem – insbesondere in den USA (Drezner, Farrell 2004) – auf ein wachsendes Interesse seitens des professionellen politischen Journalismus.

In mehrerlei Hinsicht anders gelagert sind die Interessen von Politikern, die durch ihr Amt bereits ein erhebliches Maß an Aufmerksamkeit auf sich ziehen – was im Folgenden beispielhaft aufgezeigt werden soll.

5 Das Weblog der EU-Kommissarin Margot Wallström

Das Weblog der EU-Kommissarin Margit Wallström, Vizepräsidentin der Kommission und in dieser seit 2004 zuständig für „Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie", existiert seit Mitte Januar 2005 (siehe: http://weblog.jrc.cec.eu.int/page/wallstrom). In den Kommentarbereichen erschienen seit dem Start bis Mitte Juli 2005 circa 12 Kommentare pro Tag. Fast die Hälfte aller Beiträge datiert ab Anfang Juni, nachdem Wallström die Diskussion zu den gescheiterten Referenden zum Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden eröffnet hatte. Nach Angabe des Moderators hat das Weblog durchschnittlich circa 3000 Leser pro Tag, das Tagesmaximum liegt bei ungefähr 12.000.

Es ist jedoch nicht diese im Vergleich zu anderen Politiker-Blogs starke (und angesichts der Position der Anbieterin und der Positionierung im Netz auch wenig überraschende) Resonanz, die das Blog besonders interessant machen, sondern vor allem dessen Funktion im Rahmen der Kommunikationstrategie der EU (Kap. 5.1.) sowie einige Diskussionsinhalte und -strategien der beteiligten Akteure (Kap. 5.2).

5.1 Zur Online-Kommunikationstrategie der EU

Die Aktivitäten, die von der EU in diesem Jahrzehnt zur Förderung des Online-Dialogs mit Bürgern entfaltet wurden, lassen sich folgendermaßen charakterisieren (vgl. zum Folgenden: Grunwald et al. 2005): Am Anfang der Dekade erfolgte in verschiedenen Zusammenhängen eine politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Chancen, die sich aus der Nutzung des Internets für zentrale Probleme der Union ergeben könnten. Die wichtigste Frucht dieser Auseinandersetzung war ein neuer Konsultationsmechanismus (in Form von Online-Befragungen), vornehmlich zur verbesserten Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft in politische Prozesse der EU. Daneben rückte aber auch – zumindest auf der programmatischen Ebene – der Online-Dialog mit einzelnen Bürgern ins Blickfeld der EU-Politik. So wurde z.B. anschließend an eine Bemerkung zur zentralen EU-Website in dem Weißbuch „Europäisches Regieren" von 2001 festgestellt: „Mehr Information und eine effizientere Kommunikation sind Vorbedingungen dafür, dass ein Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa entsteht. Ziel sollte dabei sein, einen transnationalen ‚Raum' zu schaffen, in dem Bürger verschiedener Länder über das diskutieren können, was in ihren Augen die wichtigen Aufgaben der Union sind" (Europäische Kommission 2001b, S. 15). Gefordert wurde eine neue „Konsultations- und Dialogkultur". Waren in den 1990er Jahren die wenigen konzeptionellen und praktischen Aktivitäten zur Partizipation (Chadwick, May 2003) auf Unternehmen und – in geringerem, im neuen Jahrzehnt aber rasch zunehmenden Umfang – auf zivilgesellschaftliche Organisationen konzentriert, wurde am Anfang des neuen Jahrzehnts also auch der einzelne Bürger zum Adressaten von Online-Kommunikationsangeboten deklariert. Das erklärte Ziel war die Einbeziehung von Bürgern in den gesamten Prozess der Politikgestaltung – mittels Nutzung verschiedener Möglichkeiten der Internet-Kommunikation für den Dialog zwischen Bürgern und der Verwaltung der Kommission (Europäische Kommission 2001a).

Durch Nutzung dieser Angebote sollten die Bürger ein wirkliches Mitspracherecht („a real say“) erlangen.

Moderierte Online-Foren wurden seit Ende der 1990er Jahre als ein besonders gut geeignetes Mittel dafür angesehen, Feedbacks zu konkreten Themen von relevanten „e-Communities“ einzuholen sowie deren Meinungen und Positionen zu diesen Themen zu beeinflussen. Die bemerkenswerteste Aktivität in diesem Zusammenhang war die Einrichtung eines interinstutionellen Online-Forenangebots der EU namens „Futurum“. Seit Oktober 2001 war es Teil des Internet-Portals „Your Voice in Europe“ bzw. „Ihre Stimme in Europa“ (im Folgenden „ISE“ abgekürzt), auf dem die Aktivitäten der EU zur E-Demokratie gebündelt wurden. Dieses Portal bot u.a. Zugang zu „Futurum“, zu den Online-Konsultationen (Befragungen), zu E-Mail-Kontaktadressen und Chats. Das Portal ist mittlerweile weitgehend inaktiv, mit Ausnahme der Online-Konsultationen. Ein Archiv des als „Diskussionsecke“ bezeichneten Forenangebots „Futurum“[11], das nach Beendigung der Arbeiten am Europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2004 eingestellt wurde, ist vorhanden – mit einer Vielzahl von Foren zu verschiedenen Themen rund um die Arbeit an dem Vertrag und zu anderen Themen zur Zukunft der EU. „Futurum“ war als Online-Dialogangebot konzipiert und sollte ursprünglich eine zentrale Rolle in der Debatte über die „Zukunft Europas“ spielen.

Die in den „Futurum“-Foren geführten Diskussionen sind mittlerweile wissenschaftlich untersucht worden, wobei insbesondere auch analysiert wurde, inwieweit „Futurum“ ein Ort öffentlicher, transnationaler Deliberation war (ITA 2005; Winkler, Kozeluh 2005; Wodak, Wright 2005a und 2005b; Wright 2005a und 2005b; vgl. auch Grunwald et al. 2005). Die Studien kommen zu dem Ergebnis, dass sich eine Reihe von Belegen für eine solche Funktion des Angebots finden lässt. Die untersuchten Diskussionen weisen Qualitäten auf, die den Idealen eines deliberativen demokratischen Diskurses nahe kommen. Diese Qualitäten sind aber anscheinend im Wesentlichen eine Eigenleistung der miteinander diskutierenden Bürger, die inhaltliche Beteiligung von EU-Politikern war eher marginal und eine Auswertung der Diskussionsergebnisse und ihre Einspeisung in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse der EU erfolgten nicht. Die in quantitativer wie qualitativer Hinsicht durchaus beachtlichen Debatten scheinen demnach auf politischer Ebene weitgehend wirkungslos gewesen zu sein. Nach Beendigung der Arbeiten am Europäischen Verfassungsvertrag wurden dann auch die zentralen Online-Diskussionsangebote der EU eingestellt, und es sah für einige Monate so aus, dass das Internet zumindest auf programmatischer Ebene stark an Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationsstrategie der EU verloren hatte.

Im Anschluss an den Amtsantritt Margit Wallströms als neuer Kommissarin mit Zuständigkeit für die Kommunikationsstrategie und vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Akzeptanzprobleme des Verfassungsvertrags kam es im Jahr 2005 jedoch zu einem (weiteren) Neuanfang im Bereich der Kommunikationstrategie, bei dem das Internet und auch der Online-Dialog mit Bürgern wieder an Relevanz gewannen. Mittlerweile sind die neuen Akzente deutlicher zu erkennen: Sowohl in Reden der Kommissarin (Wallström 2005a und 2005 b) als

[11] Siehe http://europa.eu.int/constitution/futurum/index_en.htm. In dem Angebot ging das vorherige Online-Angebot zum „Dialog über Europa“ (2000) auf.

auch in den Dokumenten zu der neuen Kommunikationsstrategie für die Kommission[12], die von ihr verantwortet wurden, wird dem Netz wieder eine wichtigere Rolle zugesprochen. Das Blog Wallströms fungiert dabei anscheinend auch als ein Übungsfeld für die neue Strategie.

Diese neue Strategie zeichnet sich gegenüber früheren Aktionsplänen u.a. durch folgende Punkte aus, die sämtlich dazu dienen sollen, die bisher eher vernachlässigte Kommunikation mit den „einfachen" Bürgern (im Gegensatz zu politischen Eliten, Massenmedien und organisierter Zivilgesellschaft) zu verbessern: Zum einen wird gefordert, die Vorteile der EU und ihre Politik regelmäßig in einer einfachen, informellen Sprache zu kommunizieren. Zum anderen sollen falsche Behauptungen über die EU schneller zurückgewiesen („rebuttal") werden. Schließlich ist geplant, mehr Spezialisten für politische Kommunikation zu rekrutieren und die Verwaltungsmitarbeiter (als „Botschafter" der EU) zu ermutigen, offener mit Bürgern und Presse zu sprechen – mit dem Ziel die politische Kommunikation der Kommission stärker zu personalisieren. Für den Herbst 2005 wurde ein Weißbuch zum Thema angekündigt.

In dem neuen Aktionsplan werden als die drei grundlegenden Prinzipien der neuen Strategie „Zuhören", „Kommunizieren" und die Lokalisierung der Kommunikationsbeziehungen zu den Bürgern genannt. Die demokratische Partizipation der Bürger solle einen direkten Einfluss auf die EU-Politik haben. Zum einen müsse die Kommunikation sprachlich vereinfacht, repetitiv angelegt und besser koordiniert werden, zum anderen sei die „human dimension" insbesondere der EU-Kommission und ihrer Aktivitäten stärker herauszustellen. Bürgerschaftliche Auffassungen und Anregungen sollen auch jenseits des regulären Konsultationsprozesses systematischer berücksichtigt werden.

In Bezug auf das Internet werden Verbesserungen der eigenen Web-Präsenz der EU angekündigt. Wie schon in Dokumenten, die zu Anfang des Jahrzehnts erschienen, wird auf die hohen Nutzerzahlen der Europa-Seiten verwiesen. Notwendig seien eine verstärkte Nutzung des Internets zur Kommunikation mit den Bürgern, eine Verbesserung der Navigationsmöglichkeiten (vor allem durch leistungsfähigere Suchfunktionen) und ein höherer Grad an Multilingualität. Neben der Betonung der Potenziale für einen Online-Dialog mit den Bürgern ist ein neuer Akzent vor allem die gewachsene Aufmerksamkeit für die Bedeutung des Internets als Ort politischer (und insbesondere EU-kritischer) Kommunikation. Dem allgemeinen Ziel, schneller und zielgruppenorientiert auf falsche Behauptungen über die EU reagieren zu können, soll auch der Aufbau einer „database" unter Einschluss EU-kritischer Websites dienen. Ein weiteres Ziel ist eine technische Plattform, die flexibel genug ist, neue Internetdienste wie vor allem Blogs in das eigene Angebot zu integrieren.

Noch deutlicher als in dem Aktionsplan selbst wird die gewachsene Relevanz des Internets und speziell des Blogging für die EU-Kommunikationsstrategie in Reden der (offensichtlich stark intertaffinen) Kommissarin Wallström und in Aussagen ihrer Mitarbeiter. Das Internet und gerade auch Blogs spielen eine zentrale Rolle für das, was Wallström „Plan D" nennt (für „Demokratie", „Dialog" und - nach den Plebisziten in Frankreich und den Niederlanden - „Debatte"; vgl. Wallström 2005a und 2005b). In einer Rede nach den Volksabstimmungen verwies die Kommissarin einleitend auf einige sehr unhöfliche Kommentare zu ihrer Person

[12] Siehe für den Zugang zu den Dokumenten zum "Action Plan to Improve Communicating Europe by the European Commission": http://europa.eu.int/comm/commission_barroso/wallstrom/press/key_en.htm.

in ihrem Blog (Wallström 2005b). Warum sie trotz der Beleidigungen bloggt, begründete sie zum einen mit der sie beeindruckenden Tiefe der in den Kommentarbereichen stattfindenden Debatten. Zum anderen sei es notwendig, auch mit Hilfe des Internets zu verdeutlichen, dass die EU – und insbesondere die Kommission – nicht aus gesichtslosen Bürokraten, sondern aus menschlichen Wesen besteht, und dabei das Internet zudem dafür einzusetzen, den Institutionen selbst ein Gesicht zu verleihen. Wallström stellt ihr Blog überdies in den Gesamtrahmen des Ansatzes, das Internet verstärkt für den Austausch mit Bürgern zu nutzen: „(…) I believe the internet is THE new channel for debate and communication. Every day, half a million visit our Europa site: we must be able to communicate and engage with those people. On my blog alone there are 3000 visitors every day who, presumably, come to follow the debate and discussion there" (Wallström 2005b, S. 5). Im Zuge ihres eigenen Blogging habe sie die Bedeutung politischer Netzöffentlichkeit (insbesondere hinsichtlich der derzeitigen Schwierigkeiten der EU) erkannt: „When following up some of that discussion I have been impressed to see how many websites out there are dedicated to politics, and how well organised the anti-EU people are. For every pro-EU website there are 20 anti-EU ones. I think the internet may have had a much bigger influence on the French and Dutch referendum results than we realise. The EU needs to get more into the blogosphere and engage in real debate" (Wallström 2005b, S. 5).

Einer ihrer Mitarbeiter betonte in einem Telefongespräch im Juli 2005, dass das Blog eine wichtige Rolle bei der Arbeit an dem neuen Aktionsplan gespielt habe: In den Diskussionen in den Kommentarbereichen sei man auf „real people" gestoßen, im Gegensatz zu dem kleinen und elitären Kreis, der durch die Presseerklärungen der EU erreicht würde. Man habe sich dadurch in der Auffassung bestätigt gefühlt, dass die Kommunikation der Kommission strukturell und sprachlich stärker als bisher auf „einfache Bürger" und weniger auf Journalisten ausgerichtet werden sollte. Auch hinsichtlich der Bedeutung politischer Netzöffentlichkeit sei die Öffnung zur Blogosphäre lehrreich gewesen: Noch wenige Tage vor dem Referendum in den Niederlanden sei seitens der holländischen Regierung intern signalisiert worden, dass es nur wenige nennenswerte Anzeichen für einen den EU-Verfassungsvertrag ablehnenden politischen Diskurs in der politischen Öffentlichkeit des Landes gebe. Der Mitarbeiter schätzte dies vor dem Hintergrund seiner Kenntnisse der EU-kritischen Netzöffentlichkeit als dramatische Fehleinschätzung ein. Auch Wallström teile die Ansicht, dass durch die Konzentration der Informations- und Kommunikationsstrategie der EU auf die etablierten Massenmedien die gewachsene Bedeutung von (Gegen-)Öffentlichkeiten im Internet ignoriert würde. Die Online-Strategie der EU müsse demnach auch verstärkt daraufhin ausgerichtet werden, die Beobachtung der politischen Kommunikation im Netz als Frühwarnsystem zu nutzen, sowie darauf, die Online-Diskussionen zu EU-Themen zu beeinflussen – in Form von Gegendarstellungen zu Fehlinformationen im Internet und durch (netz)öffentlichkeitswirksame eigene Diskussionsangebote, die gerade auch für Kritiker attraktiv sein sollten.

Der Übergang zu einer neuen Kommunikationsstrategie, wie er sich seit dem Amtsantritt Wallströms abzeichnet, ist offenkundig also auch ein Übergang von einer auf die Chancen des Internets ausgerichteten programmatischen Kommunikation zu einer Risiko-Kommunikation. Dieser Wechsel kann als Reaktion auf die Krise der Union verstanden werden. Offizielle Dokumente und Reden von Amtsträgern der EU waren zwar schon zu Anfang des Jahrzehnts gekennzeichnet durch einen Enthusiasmus für neue Möglichkeiten der Politikvermittlung und

Bürgerbeteiligung durch das Internet. Diese Möglichkeiten wurden – ohne eine Problematisierung möglicher Auswirkungen der Netzöffentlichkeit auf die EU-Politik – als zusätzliche Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und zur langfristigen Schaffung einer „Europäischen Öffentlichkeit“ angesehen. Ihr Einsatz und die Förderung des Online-Dialogs galten als wünschenswert, aber eben nicht als besonders dringlich. Vereinzelte Vorschläge für eine aktivere Rolle der EU-Verwaltungsmitarbeiter als Diskutanten im Netz wurden in der Gestaltung und Durchführung von „Futurum“ und anderen Online-Diskussionsangeboten nicht oder nur unzureichend aufgenommen. Es ist bemerkenswert, wie spät erst die Bedeutung politischer Netzöffentlichkeit für EU-kritische Diskurse erkannt worden ist.

Das Internet wird somit nun nicht mehr als ein eher unverbindlich einzusetzendes Instrument zur Erreichung wünschenswerter, aber wenig dringlicher Ziele angesehen, sondern als ein Kommunikations- und Handlungsraum, dessen Vernachlässigung sich die EU nicht mehr erlauben kann. In diesem Kontext ist das Weblog der Kommissarin zu betrachten.

5.2 Wallströms Blog – Ein Experiment mit ungewissem Ausgang

Das Weblog soll über die gesamte Amtszeit der Kommissarin lang bestehen bleiben und diente anfangs erklärtermaßen dafür, einen Einblick in ihre Arbeit und eine Innensicht der EU bieten. Von Beginn an waren die Beiträge Wallströms auch durch eine starke „Human Touch“-Komponente gekennzeichnet, u.a. mit Aussagen zu ihrem unerfüllten Wunsch nach einer Tochter und Scherzen zu Figurproblemen. Nach Aussagen der verantwortlichen Mitarbeiter war allerdings ursprünglich nicht beabsichtigt, über die Vermittlung von Einblicken in die Arbeit und Persönlichkeit der Kommissarin hinaus das Blog auch für einen Online-Dialog mit den interessierten Bürgern zu nutzen.

Dies änderte sich, als aktiv kommentierende Nutzer des Blogs – und insbesondere mehrere EU-Skeptiker und -Gegner (vor allem aus England) – einen Online-Dialog einforderten. Diese Forderungen wurden zum Teil sehr unhöflich formuliert, zum Teil aber auch sachlich, unter Bezugnahme auf behauptete Gepflogenheiten in der Blogosphäre oder auf die Programmatik der EU zum politischen Online-Dialog. Als erste Ansätze für einen solchen Online-Dialog können vereinzelte Reaktionen Wallströms auf Nutzerbeiträge gelten, die in ihren Blog-Beiträgen und in Reden erfolgten. Bei diesen Reaktionen handelte es sich jedoch vor allem um Artikulationen ihrer Unzufriedenheit mit dem Niveau der Angriffe durch die EU-Skeptiker und -gegner, denen es durch beharrliches Engagement im Kommentarbereich gelungen war, die dort ablaufenden Diskussionen zu dominieren und auch das Bild des Blogs in der massenmedialen Berichterstattung zu prägen.

Eine neue Dynamik mit einer veränderten kommunikativen Situation entwickelten die Diskussionen im Blog durch eine Meta-Diskussion über die „Spielregeln“ des Blogs selbst. Nachdem einer der EU-Skeptiker aufdeckte, dass es sich bei einem der bis dahin aktivsten Verteidiger der EU-Positionen in den Blog-Diskussionen um einen Mitarbeiter Wallströms handelte, trat der Moderator als Diskutant in den Kommentarbereichen in Erscheinung. Nach seiner Aussage bedurfte er dabei anfangs einer Genehmigung durch die politisch Verantwortlichen, nach drei Wochen verzichteten diese jedoch auf eine Vorabprüfung seiner Beiträge. Der Moderator, der sich einer sehr liberalen Moderationsstrategie verpflichtet fühlt, agiert seitdem als ein (bisweilen durchaus polemischer) Diskutant im Kommentarbereich. Dabei ist es ihm anscheinend gelungen, nicht nur als Ansprechpartner für Informationsanfragen akzep-

tiert zu werden, sondern zumindest bei den EU-Skeptikern (im Gegensatz zu den fundamentalen EU-Gegnern) auch als politischer Diskussionspartner.

In den im Frühjahr und Frühsommer 2005 abgelaufenen Meta-Diskussionen wurden nicht nur die üblichen Ansprüche an einen Blog (wie vor allem ein hohes Maß an Authentizität, Responsivität und Aktualität) artikuliert, sondern es zeigte sich zudem, dass die Nutzer das Weblog als einen „contested space" begriffen – also nicht nur als eine vorgegebene Arena für Debatten, sondern auch als einen Interaktionsraum, über dessen Gestaltung und Regeln gestritten werden kann. Als z.B. der bereits erwähnte Mitarbeiter Wallströms – kurz nach seiner „Entlarvung" – in einem internen Newsboard der EU seine Kollegen dazu aufrief, sich gegen die EU-Skeptiker und -gegner im Blog zu engagieren, wurde dieser Aufruf von einer EU-Kritikerin schnell in dem Blog veröffentlicht. Daraufhin wiederholten mehrere Nutzer ihre Forderung, dass bei einem Blog dieser Art – dem Weblog einer hochrangigen Amsträgerin – Mitarbeiter der EU sich als solche ausweisen müssten.

Mit dieser Forderung wird ein zentrales, aber in der Forschung bisher weitgehend ignoriertes Problem von Online-Diskussionsangeboten staatlicher Akteure angesprochen: Wenn sich politisch-instutionell eingerichtete Netzöffentlichkeit zu einem relevanten Bestandteil politischer Öffentlichkeit entwickeln sollte, stellt sich tatsächlich die Frage, in welchem Maße die Generierung der Diskussionsinhalte in dieser Teilöffentlichkeit über Moderationsmaßnahmen hinaus[13] politisch steuerbar wird.

Neben den Kontroversen mit der zahlenmäßig kleinen, aber in den Kommentarbereichen stark präsenten Gruppe der EU-Skeptiker und -gegner sind auch andere Meta-Diskussionen in Wallströms Blog von Interesse: In zahlreichen Kommentaren wird dem Wunsch Ausdruck verliehen oder gefordert, den Online-Dialog zwischen EU und Bürgern auszuweiten und qualitativ zu verbessern. Vorgeschlagen wird z.B., dass mehr EU-Politiker interaktive Weblogs einrichten, dass die Kommentare in dem Wallström-Blog an andere Kommissare weitergeleitet werden und vor allem, dass das Feedback zu den Kommentaren ausgeweitet wird. Es besteht also bei vielen Nutzern – und nicht nur bei den EU-Kritikern – der Wunsch, das Wallström-Weblog verstärkt zum Online-Dialog zwischen EU und Bürgern zu nutzen. Ein erheblicher Anteil der kommentierenden Leser gehört selbst zu den aktiven Bloggern und goutiert das Angebot Wallströms zumindest prinzipiell. Andere vertreten jedoch die Ansicht, dass ein Weblog, das streckenweise ein persönliches Tagebuch ist, ein – für den Zweck und hinsichtlich des Amtes – unangemessenes Kommunikationsmittel sei.

Mit dieser Kritik wird ein wichtiges Problem bei der Nutzung von individuellen Weblogs durch hohe Amtsträger im Rahmen einer institutionellen Online-Kommunikationsstrategie berührt: Beschränkt sich das Online-Diskussionsangebot der Institution auf ein solches Blog, wird man den Zielen eines institutionalisierten Online-Dialogs und einer institutionalisierten Einbindung von bürgerschaftlicher Deliberation in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse nicht gerecht. Gerade die Eigenheiten der soziokulturellen Praxis Blogging, die in gewisser Hinsicht als vorteilhaft gelten können (nämlich der „human touch" und die Ermöglichung einer intensiven, unorthodoxen Kommunikation zwischen Politik und Bür-

[13] Vgl. für eine problematische Moderationspraxis die Analyse von Wright (2005) zu einem Online-Diskussionsangebot der britischen Regierung.

gern), können so zu Nachteilen werden. Zur Realisierung des programmatischen Ideals einer deliberativ ausgerichteten digitalen Demokratie kann ein Blog, der hauptsächlich als Instrument der Beobachtung gegnerischer Positionen und als „Blitzableiter“ für Kritiker der Institution dient, wenig beitragen. Konzentriert man sich überdies bei der Online-Kommunikationsstrategie – wie es in dem Aktionsplan vom Juli 2005 nahe gelegt wird – auf die „rebuttal function“, also auf die Konfrontation mit Kritikern und die Widerlegung ihrer Auffassungen, und richtet auch seine Diskussionsangebote so aus, dass gerade hoch motivierte politische Gegner „angelockt“ werden, besteht die Gefahr, dass diejenigen Bürger vernachlässigt werden, die den Online-Dialog als ein Mittel konstruktiver Partizipation an den institutionellen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen begreifen. Eine auf offenen Schlagabtausch und Beeinflussung der Teilöffentlichkeit Blogosphäre ausgerichtete Weblog-Kommunikation kann so in Gegensatz zur Nutzung des Internets als Instrument deliberativer Demokratie geraten.

Bemerkenswert an dem Blog Wallströms ist jedoch, dass es innerhalb der Kommentarbereiche zu einem Beispiel für den anfangs des Jahrzehnts von der EU anvisierten Online-Dialog zwischen Kommissionsverwaltung und Bürgern kam. Diese Kontroverse zwischen Verwaltungsmitarbeitern und EU-Kritikern war nicht nur relativ intensiv, sondern zudem – im Gegensatz zu den allermeisten Online-Diskussionsangeboten an Bürger – nicht auf Diskussionen über das Angebot selbst und Moderationsmaßnahmen beschränkt: Der Moderator und andere Mitarbeiter der EU-Kommission beteiligten sich an der politischen Diskussion im Kommentarbereich und übernahmen somit die Rolle von Ansprechpartnern für die an einem Online-Dialog mit der Institution interessierten Bürger. Ebenfalls bemerkenswert sind Anzeichen dafür, dass durch diesen Online-Dialog eine rationale Diskussion von Sachfragen gefördert wurde: Einige der EU-Skeptiker, deren Beiträge sich anfangs in ihrer Schärfe und Unsachlichkeit oft nicht von denen der fundamentalen EU-Gegner unterschieden, entwickelten in der Auseinandersetzung mit dem Moderator und anderen Verteidigern der EU-Position differenziertere Argumente, die sie zudem in einem weniger polemischen Stil vorbrachten. Ungeachtet dessen wird von Teilnehmern kritisiert, dass der Moderator zwar sein Bestes gebe und glaubwürdig sei, dass aber das Feedback Wallströms unzureichend sei. Die Frage des Moderators, ob es die an einem Feedback interessierten Teilnehmer begrüßen würden, wenn statt Wallström oder ihm selbst ein offizieller Sprecher auf die Kommentare eingehen würde, stieß allerdings auf keine größere Resonanz im Kommentarbereich. Eine solche Regelung, die wohl auch bei der EU-Kommission auf den Widerstand „medienkonservativer“ und traditionalistischer Gruppen stoßen dürfte, könnte bei Weblogs von hohen Amtsträgern einen Brückenschlag zu den Zielen einer deliberativen digitalen Demokratie darstellen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Blog Wallströms objektiv – und auch erklärtermaßen – die Funktion eines neuartigen Instruments der EU-Öffentlichkeitsarbeit erfüllt, das gekennzeichnet ist durch eine Kombination von „human touch“, starkem und politisch-inhaltlich explizitem Engagement der Anbieter und einem hohen Maß an Bereitschaft, sehr kritischen Diskussionsbeiträgen von Bürgern nicht nur Raum zu bieten, sondern auf diese auch zu antworten. Durch diese Kombination werden Hierarchien in politische Kommunikationsbeziehungen experimentell in Frage gestellt – und zwar sowohl aus dem Dialog zwischen Politik und Bürger generell bekannte als auch solche, die viele Online-Diskussionen prägen. Problematisch erscheint aus demokratietheoretischer Sicht die Tendenz zur Pseudo-

Personalisierung einer Institution. Ein Anzeichen für diese Tendenz ist der plump vertrauliche, eine virtuelle Unmittelbarkeit suggerierende Stil vieler Kommentare, in denen sich die Kommentierenden anscheinend darin gefallen, „Margot“ leger zu kritisieren oder zu loben – was durch den Stil der Beiträge Wallströms allerdings auch begünstigt wird. Bedenklich wäre auch, wenn ein solches Weblog langfristig als Substitut für Online-Diskussionsangebote genutzt würde, die für eine bürgerschaftliche Deliberation von Sachthemen geeigneter sind. Entscheidend für die politische Relevanz jedweden Online-Diskussionsangebots bleibt aber, ob die Diskussionsergebnisse – in Form eines kontinuierlichen öffentlichen Online-Dialogs oder durch die geregelte Einspeisung in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse – erkennbar Auswirkungen auf die Politik zeitigen. Aus Sicht der Theorie deliberativer digitaler Demokratie darf es dabei zwar nicht zu verbindlichen inhaltlichen Festlegungen der Politik im Sinne eines Plebiszits kommen. Die Auswirkungen müssen sich vielmehr auf einen inhaltlichen Input in das repräsentative System beschränken. Auf jeden Fall notwendig ist es aber, die Diskussionen online zu archivieren, die Ergebnisse auszuwerten, die Auswertung wiederum netzöffentlich zu machen und den Umgang mit den Resultaten inhaltlich zu begründen. Nur dann können die Bürger, die sich in der Online-Deliberation engagiert haben, und andere thematisch Interessierte nachvollziehen, auf welche Weise die Diskussionsbeiträge von der Politik zur Kenntnis genommen wurden und welche Relevanz sie für die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse hatten.

6 Zusammenfassung und Ausblick

Mittels Übernahme oder Mimikry der soziokulturellen Praxis Blogging kann seitens der Politik ein stärker personalisierter Online-Dialog mit interessierten Bürgern befördert werden, woraus sich aus der Sicht deliberativer Demokratie(theorie) sowohl Chancen als auch Risiken ergeben.

Das politische Blogging ist, wenn es sich an den Gepflogenheiten der Blogosphäre orientiert, eine Art der Kommunikation, in der seitens des Anbieters relativ zwanglos Ernstes und Unernstes, im engen Sinn politisch Relevantes und Privates sowie Information und Meinungsäußerung gemischt werden. Im Unterschied zu anderen Websites ist bei Weblogs, die im Namen eines einzelnen Menschen angeboten werden, dessen Persönlichkeit von besonderer Bedeutung: „An important aspect of blogging is that it is not just a self-publishing phenomenon but also, as a process of individual writing, it is a form of self-expression or confession. It takes out the barriers between public and private sector (…)” (Ferguson, Howell 2004, S. 14). Zwar spricht nichts dagegen, auch andere Websites auf diese Weise zu nutzen. Weblogs haben hier aber den Vorteil, dass sich in der Blogosphäre eine Kommunikationsform dieser Art etabliert hat. Insoweit Politiker (mit oder ohne Hilfe ihrer Mitarbeiter) in der Lage dazu sind, einen solchen Kommunikationsstil zu pflegen, bieten sich ihnen Möglichkeiten zur Selbstdarstellung und zum Austausch mit Bürgern, die im Widerspruch zu dem weit verbreiteten Bild einer abgehobenen, abgeschotteten und realitätsfremden „Politiker-Kaste“ stehen.[14] Wenn es ihnen gelingt, zu einem in der Blogosphäre akzeptierten Blogger zu werden, können die Cha-

[14] Eine laufende Untersuchung zu deutschen Politiker-Weblogs (vgl. AUSSCHNITT Medienbeobachtung 2005) kam allerdings zu dem Zwischenergebnis, dass sich die meisten bloggenden Politiker mit einer derart personalisierten Kommunikation schwer tun.

rakteristika dieser Netzkultur und die in ihr wirksamen Selbstbeschreibungen auch auf sie attributiv übertragen werden. Sie gelten dann als innovative, für Kritik offene, streitbare, bürgernahe und authentische Personen, die sich aus ihrem vertrauten Terrain auf offenes „Cyber-Gelände“ begeben – sich also unter Aufgabe der privilegierten Sprecherposition, die sie in herkömmlicher politischer Kommunikation einnehmen, den Spielregeln in der Blogosphäre unterwerfen. Für den Politiker und gegebenenfalls für die Institution, die er repräsentiert, ergibt sich aus dem Gesagten die Verpflichtung, stetig für einen authentischen oder authentisch wirkenden Content zu sorgen.

Die Politik kann berechtigt hoffen, durch eigene Blogs eine größere Wirksamkeit ihrer Botschaften in der Netzöffentlichkeit zu erreichen – insbesondere durch die Multiplikatoren in der Blogosphäre –, die Anhängerschaft oder Sympathisanten besser zu vernetzen und aus erster Hand von Auffassungen und gesellschaftlichen Tendenzen zu erfahren, die im massenmedialen Diskurs und der politischen Sphäre nicht präsent sind. „Einfache“ Mandatsträger können vor allem darauf hoffen, dass ein erfolgreicher Blog ihren Bekanntheitsgrad erhöht – sowohl bei Multiplikatoren in der Blogosphäre als auch, bei entsprechender Förderung durch ergänzende Maßnahmen, im Wahlkreis. Dabei sind sie weniger abhängig vom direkten Zugang zu den Massenmedien, wenn sie ihre Botschaften verbreiten oder politische Ziele verfolgen wollen. Allerdings ist denkbar, dass die Möglichkeiten, die sich derzeit aus der Nutzung von Politiker-Weblogs ergeben, nicht mehr bestehen werden, wenn ein Gewöhnungseffekt eingetreten ist. Während aktuell die öffentliche Aufmerksamkeit für die Meinungsmacht der Blogger groß ist und sich z.B. auch Unternehmen verstärkt zu den Chancen und Risiken beraten lassen, die sich aus der Existenz der Blogosphäre ergeben, könnten die weitere Popularisierung von Blogs und deren zunehmende Berücksichtigung in PR-Strategien dazu führen, dass ihre aufmerksamkeitsökonomische Relevanz zurückgeht. Wenn einmal fast alle Politiker Blogger sein sollten, wird die Kommunikation mit Hilfe dieses Internetformats also wohlmöglich nur noch geringes Aufsehen erregen (vgl. dazu auch Drezner, Farrell 2004).

Die das Blog nutzenden Bürger können sich zumindest den Illusionen virtueller Unmittelbarkeit, der Nivellierung von Hierarchien und einer Kommunikation auf Augenhöhe hingeben. Ob sie ein reales Mitspracherecht – nicht zu verwechseln mit einem Mitentscheidungsrecht – erwarten können, hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab: Bei „einfachen“ Parlamentariern, die zum Online-Dialog hoch motiviert sind, besteht die Möglichkeit, trotz deren begrenzter Ressourcen zu einem intensiven Austausch zu kommen. Bei hohen Amtsträgern und Institutionen muss hingegen gewährleistet sein, dass für die Nutzer Ansprechpartner zur Verfügung stehen, die sich im Namen des Anbieters bzw. der Institution äußern können. Ein weiterer Vorteil aus Bürgersicht ist die Tatsache, dass bei Aussagen eines Politikers, die in der Blogosphäre Resonanz gefunden haben, deren netzöffentliche Verfügbarkeit in der Regel für lange Zeit gewährleistet sein dürfte. Die Bürger können dann langfristig das Handeln des Politikers an diesen Aussagen messen. Speziell für Blogger ergibt sich durch die Zunahme von Politiker-Weblogs einerseits ein Prestigezuwachs ihrer soziokulturellen Praxis, andererseits die Gefahr, dass – ähnlich wie bei der Übernahme des Formats durch etablierte massenmediale Anbieter – die fragilen kulturellen Charakteristika der Blogosphäre beeinträchtigt werden. Die Freude darüber, dass sich Akteure des politischen Systems und der Massenmedien auf ihrem Terrain bewegen, könnte so der Erkenntnis weichen, dass eben dieses Terrain dadurch grundlegend verändert wird.

So wie Weblogs derzeit mehrheitlich beschaffen sind, weisen sie spezifische Vorteile und Nachteile im Vergleich zu Online-Foren und Chats auf. Die Kombination von starker Personalisierung und der Möglichkeit asynchroner Kommunikation in den Kommentarbereichen macht sie in gewisser Hinsicht zu dem derzeit attraktivsten Instrument für einen Online-Dialog zwischen Politik und Bürgern. Sie stellen jedoch in ihrer aktuell vorherrschenden Form keinen vollwertigen Ersatz für thematisch strukturierte Online-Forenangebote dar: Der Raum, den sie der bürgerschaftlichen Deliberation bieten, ist soziotechnisch und -kulturell so präfiguriert, dass er – weniger stark als beim Chat, aber immer noch in erheblicher Weise – die Bürger eher in die Rolle eines Publikums für die Selbstdarstellung des Politikers drängt. Ein Online-Dialog zwischen Politik und Bürgern kann aber durch die hohen Ansprüche begünstigt werden, die zumindest derzeit noch an einen politischen Blogger hinsichtlich Aktualität, Originalität, Spontaneität und auch Interaktivität gestellt werden. Allerdings erschweren es die in der Regel thematisch wenig fokussierten Diskussionsstrukturen und der häufig legere bis polemische Stil der Weblog-Diskussionen, die Resultate der Kommunikation systematisch in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzuspeisen. Grundsätzlich stellt sich zudem die Frage, ob durch Politiker-Weblogs nicht eine an sich schon bedenkliche Meinungsmacht einer bestimmten Gruppe – der Blogger – politisch manipulierbar wird. Diese Bedenken betreffen allerdings auch andere Online-Diskussionsformate, die ebenfalls inhaltlich durch anonym auftretende Mitarbeiter von Politikern oder Institutionen beeinflusst oder durch destruktive Kommunikationsstrategien („Trolling“) in ihrer Qualität beeinträchtigt werden können.

Politiker-Weblogs sind durch die Charakteristika der in der politischen Blogosphäre bestehenden Diskussionskultur potenziell Arenen für scharfe Sachauseinandersetzungen mit persönlichem Einschlag. Weblogs sind aber durch die relative Neuheit der Entwicklung und die Uneinheitlichkeit der Praxis zugleich auch noch stark „umstrittene Räume“. Es ist z.B. keineswegs ausgemacht, dass die Weblog-Soziokultur sich weiter so entwickeln wird, dass Kommentarmöglichkeiten zu einem Muss (auch) für Politiker-Weblogs werden. (Einige sehr erfolgreiche US-Blogger verzichten in ihren Blogs auf Kommentarbereiche.) Insofern ist durchaus denkbar, dass im Rahmen politischer Öffentlichkeitsarbeit Blogging in Zukunft vorrangig ein Instrument für eine modernisierte Selbstdarstellung, politische Verlautbarungen und die Pseudo-Personalisierung politischer Institutionen sein wird. Derzeit erscheint die Nutzung von Politiker-Weblogs aber in gewisser Hinsicht noch als Wagnis, bei dem sich Mandats- und Amtsträger, die an gänzlich andere Kommunikationsformen gewohnt sind, den Regeln einer Netzsubkultur unterwerfen, ins Unbekannte hinaus senden und zudem das Risiko eingehen, dass ihnen viele Bürger kritisch antworten.

Das Internet wird hinsichtlich des Blogging von neuem als ein virtueller Raum der nahezu unbegrenzten kommunikativen Möglichkeiten imaginiert, als ein Marktplatz der Ideen und als ein Mittel zur gleichberechtigten Kommunikation zwischen offline sehr unterschiedlich positionierten Akteuren. Man gewinnt den Eindruck, dass durch die Attraktivität dieser soziokulturellen Praxis Politiker wie Bürger – stärker als durch andere Internetformate – dazu gebracht werden, neue öffentliche Rollen und Sprecherpositionen zu erproben, die das Bild, wenn nicht sogar die Strukturen politischer Öffentlichkeit im „Informationszeitalter“ verändern könnten. Außer für Inhaltsanalysen der Diskussionen auf Politiker-Weblogs und für Bestandsaufnahmen der Praxis dürfte daher derzeit auch ein besonderer Bedarf für Forschung zu den Motiva-

tionen der bloggenden Politiker und der Politiker-Weblogs nutzenden Bürger bestehen. Die Psychologie dieser Kommunikation erscheint in vielerlei Hinsicht als mindestens ebenso interessant wie ihre soziotechnischen Charakteristika und politisch-öffentliche Relevanz.

Literatur

Ahrens, D., 2003, Die Ausbildung hybrider Raumstrukturen am Beispiel technosozialer Zusatzräume. In: Funken, C., Löw, M. (Hg.): Raum - Zeit - Medialität. Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien. Opladen, S. 173-190.

AUSSCHNITT Medienbeobachtung, 2005, Bloggen für die Bundestagswahl (Pressemitteilung, 16.08.2005). Siehe: http://www.ausschnitt.de/pr/presse/PM_Politikerblogs.pdf.

Bieber, C., 2003, Das Internet als Präsentations- oder Repräsentationsraum? Kommunikation in politischen Online-Versammlungen. In: Gellner, W., Strohmeyer, G (Hg.): Repräsentation und Präsentation in der Mediengesellschaft. Köln, S. 139-152.

Bundesregierung, 2005, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Dr. Karlheinz Guttmacher, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP - Drucksache 15/3407 - Umgang mit Bürgeranliegen und Stärkung des Petitionsrechts. Deutscher Bundestag, Drucksache 15/5109, Berlin.

Chadwick, A.; May, C., 2003, Interaction between States and Citizens in the Age of the Internet: "e-Government" in the United States, Britain, and the European Union. In: Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions, Vol. 16, No. 2, April 2003, S. 271-300.

Coenen, C., 2005, Neue Medien, neue Politik? TAB-Projekte zu Informations- und Kommunikationstechnologien. In: Petermann, Th., Grunwald, A. (Hg.): Technikfolgen-Abschätzung für den Deutschen Bundestag. Das TAB - Erfahrungen und Perspektiven wissenschaftlicher Politikberatung. Berlin, S. 175-212.

Coleman, S., 2004a, Blogs as listening posts rather than soapboxes. In: Ferguson, Howell (Nachwort), S. 26-30.

Coleman, S., 2004b, Connecting Parliament to the Public via the Internet: Two Case Studies of Online Consultations. In: Information, Communication & Society, Jg. 7, Nr. 1, S. 1-22.

Coleman, S.; Goetze, J., 2001, Bowling Together. Online Public Engagement in Policy Deliberation. Siehe: http://bowlingtogether.net/bowlingtogether.pdf.

Diekmannshenke, H., 2004, „Gesprächsstrategien" in Politik-Chats. In: Beißwenger, M.; Hoffmann, L.; Storrer, A. (Hg.): Internetbasierte Kommunikation. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 68, S. 123-140.

Drezner, D.; Farrell, H., 2004, The Power and Politics of Blogs. Siehe: www.danieldrezner.com/research/blogpaperfinal.pdf.

Europäische Kommission, 2001a, Communication by the President to the Commission in agreement with vice-president Neil Kinnock and Mr. Erkki Liikanen: Towards the e-Commission. EUROPA 2nd Generation (06.07.2001). Brüssel.

Europäische Kommission, 2001b, Europäisches Regieren. Ein Weissbuch, KOM(2001) 428 endgültig (25.7.2001). Brüssel.

Europäische Kommission, 2002, Eine Informations- und Kommunikationsstrategie für die Europäische Union. Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen, KOM(2002) 350 endgültig/2, Brüssel.

Europäische Kommission, 2005, Action Plan to Improve Communicating Europe by the European Commission (approved by the Commission 20.07.2005). Siehe: http://europa.eu.int/comm/dgs/press_communication/pdf/communication_com_en.pdf (Annex des Action Plan: http://europa.eu.int/comm/dgs/press_communication/pdf/communication_annex_en.pdf).

Ferguson, R.; Howell, M., 2004, Political Blogs - Craze or Convention? Siehe: http://www.hansardsociety.org.uk/assets/Final_Blog_Report_.pdf.

Gimmler, A., 2000, Deliberative Demokratie, Öffentlichkeit und das Internet. In: Sandbothe, M.; Marotzki, W. (Hg.): Subjektivität und Öffentlichkeit. Kulturwissenschaftliche Grundlagenprobleme virtueller Welten. Köln, S. 191-208.

Greven, T., 1995, Macht in der Öffentlichkeit der Demokratie. In: Göhler, G. (Hg.): Macht der Öffentlichkeit - Öffentlichkeit der Macht. Baden-Baden, S. 75-84.

Grunwald, A.; Banse, G.; Coenen, C.; Hennen, L., 2005, Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie – Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin. Im Druck (überarbeitete Fassung von: TAB 2005).

Habermas, J., 1992, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main.

Habermas, J., 1996, Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main.

ITA (Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften), 2005, Europeans have a Say: Online Debates and Consultations in the EU (Autoren: Winkler, R. Kozeluh, U.). Wien.

Leggewie, C., 2003, Von der elektronischen zur interaktiven Demokratie. Das Internet für demokratische Eliten. In: Klumpp, D;. Kubicek, H.; Roßnagel, A. (Hg.): next generation information society. Mössingen-Talheim, S. 115-128.

Maresch, R., 1997, Öffentlichkeit im Netz. Ein Phantasma schreibt sich fort. In: Münker, S., Roesler, A. (Hg.): Mythos Internet. Frankfurt am Main, S. 193-212.

Möller, E., 2005, Die heimliche Medienrevolution. Wie Weblogs, Wikis und freie Software die Welt verändern. Hannover.

Neuberger, C., 2005, Google, Blogs & Newsbots. Mediatoren der Internetöffentlichkeit. Siehe: http://www.bpb.de/veranstaltungen/KRXAAV,9,0,Google_Blogs_Newsbots.html.

Rainie, L., 2005, Data memo „The state of blogging“ (Pew Internet & American Life Project). Siehe: http://www.pewinternet.org/pdfs/PIP_blogging_data.pdf.

Schönberger, K., 2005a, Persistente und rekombinante Handlungs- und Kommunikationsmuster in der Weblog-Nutzung. Mediennutzung und soziokultureller Wandel. In. Schütz, A. et al. (Hg.): Neue Medien im Alltag. Befunde aus den Bereichen: Arbeit, Leben und Freizeit. Lengerich. S. 276-294.

Schönberger, K., 2005b, Scheinbar un-wahr oder wie falsche (Online-)Informationen, wahre (‚Real Life') Ereignisse schaffen. Kulturwissenschaftliche Anmerkungen zum Fake als politisches Handlungs- und Kommunikationsmuster. In: Kuckuck 1/2005. Notizen zur Alltagskultur. Themenheft „scheinbar", S. 18-23.

Soley, C., o.J., Why MP's should get blogging. Siehe: http://clivesoleymp.typepad.com/clive_soley_mp/why_mps_blog.html.

SPD, 2005, SPD lädt etablierte Blogger zum außerordentlichen Parteitag. Siehe: http://kampagne.spd.de/servlet/PB/menu/1053383/e1587286.html.

TAB (Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag), 2005, Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten (Autoren: Grunwald, A., Banse, G., Coenen, C., Hennen, L.). Endbericht, TAB-Arbeitsbericht Nr. 100. Berlin.

Thompson, B., 2004, All-Party Parliamentary Group for e-Democracy gathers evidence. We Watch. Siehe: http://bill.verity-networks.com/billslog/stuff/00000074.html.

Trechsel, A.; Kies, R.; Mendez, F.; Schmitter, P., 2004, Evaluation of the use of new technologies in order to facilitate democracy in Europe. STOA 116, Europäisches Parlament.

Trénel, M., 2005, Möglichkeiten netzbasierter Kommunikation für Parlamente - Das Britische Beispiel (Vortrag auf dem Fachgespräch „Internet, Demokratie und politische Netzöffentlichkeit" des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Berlin 24.02.2005). Siehe: http://www.zebralog.de/dokumente/trenel_tab_240205.pdf.

Van Audenhove, L.; Lievens, B.; Cammaerts, B., 2005, Neue Demokratie durch neue Medien?. In: Arnold, K., Neuberger, C. (Hg.): Alte Medien - neue Medien. Theorieperspektiven, Medienprofile, Einsatzfelder (Festschrift für Jan Tonnemacher). Wiesbaden, S. 263-290.

viWTA (Vlaams Instituut voor Wetenschappelijk en technologisch Aspectenonderzoek, Vlaams Parlement), 2005, E-Democratie voor Vlaanderen Stand van zaken. (Autoren: van Audenhove, L.; Lievens, B.; Cammaerts, B.) Siehe http://www.viwta.be/files/Edemocra.pdf.

Wallström, M., 2005a, Transnational Democracy - the Road Ahead for Europe?; Speech/05/342 (Text einer Rede auf der IDEA 10th anniversary conference, Stockholm, 10.06.2005). Siehe: http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/05/342&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en.

Wallström, M., 2005b, Communicating a Europe in stormy waters: Plan D; Speech/05/396 (Text einer Rede auf der European Voice conference „Simplifying Europe", Brüssel, 28.06.2005). Siehe: www.european-voice.com/downloads/SPEECH-05-396_EN.pdf.

Winkler, R.; Kozeluh, U., 2005, Zivilgesellschaft Online: Anspruch und Umsetzung deliberativer Beteiligung am Beispiel der EU Diskussionsplattform *Your Voice in Europe*. In: Knodt, M., Finke, B. (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden. Im Druck.

Wodak, R.; Wright, S., 2005a, The European Union in Cyberspace: Multilingual Democratic Participation in a virtual public sphere. Ms. (Erscheint 2006 in Journal of Language and Politics).

Wodak, R.; Wright, S., 2005b, The European Union in Cyberspace: Democratic Participation via Online Multilingual Discussion Boards? In: Danet, B., Herring, S. (Hg): The Multilingual Internet: Language, Culture and Communication in Instant Messaging, Email and Chat. Oxford. Im Druck.

Wright, S., 2005, Moderating Censorship? The Role of the Moderator: Problems and Possibilities. Paper für die Konferenz „Online Deliberation 2005“ an der Stanford University, 20.-22.05.2005, http://www.online-deliberation.net/conf2005/viewpaper.php?id=29 (abgerufen am 30.05.2005).

Young, I., 2000, Justice and the Politics of Difference. Princeton/NJ.

Zittel, T., 2003, Political Representation in the Networked Society: The Americanisation of European Systems of Responsible Party Government. In: The Journal of Legislative Studies, Vol. 9, No. 3, Autumn 2003, S. 32-53.

Zittel, T., 2004, Digital Parliaments and Electronic Democracy: A comparison between the US House, the Swedish Riksdag, and the German Bundestag. In: Gibson, Gibson, R.; Römmele, A.; Ward, S. (Hg.) (2004a), S. 70-95.

Kontakt zum Autor:

Christopher Coenen (Berlin), chrcoenen@gmx.net

Bitte diesen Artikel wie folgt zitieren:

Coenen, Christopher (2005): Weblogs als Mittel der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern – Neue Chancen für E-Demokratie? In: Schmidt, Jan / Schönberger, Klaus / Stegbauer, Christian (Hrsg.): Erkundungen des Bloggens. Sozialwissenschaftliche Ansätze und Perspektiven der Weblog-forschung. Sonderausgabe von kommunikation@gesellschaft, Jg. 6. Online-Publikation: http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B5_2005_Coenen.pdf.